

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3073.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schindlitz, Augustastraße 8. - Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizette ober Dorem Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 18 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Mut der Überzeugung. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Die »Volksfürsorge« und ihre Gegner. I. Keine Existenzberechtigung. - **Allgemeines:** Die Ein- und Ausfuhr graphischer Erzeugnisse 1911, I. Betriebskrankenkasse gegen den Willen der Arbeiter. Ortsberichte: Saalfeld a. S. - **Der Lithograph:** Unternehmenspolitik in der Lehrlingsfrage. - **Der Steindrucker:** Hochkonjunktur und Arbeiterpflichten. - **Photogr. Mitarbeiter:** Zur Ablehnung der Verstaatlichung der Münchener Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie. - **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Coswig-Radebeul. - **Feuilleton:** Überzeugung. Von moderner Originalgraphik. Vom Bühnertisch. - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Deutschland für Lithographen und Steindrucker gesperrt!

Vom Streik und der Aussperrung her ist immer noch ein großer Teil Lithographen und Steindrucker arbeitslos. Dazu kommen die vielen anderen Arbeitslosen, deren Zahl jetzt noch steigt. Dies zwingt uns, die Sperre noch weiter über Deutschland aufrecht zu erhalten. Bei Zuzug von Lithographen und Steindruckern vom Auslande darf daher keine Reiseunterstützung ausgezahlt werden.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Lithographen und Steindrucker, Achtung!

Frankreich. Sämtliche Firmen in Bordeaux sind bis auf weiteres gesperrt. Nähere Auskunft erteilt: Secrétaire Maisonnier, 72, rue de Patay, Bordeaux, Frankreich.

An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir am 12. Juli die Rundschreiben Nr. 20 und 21 und weiteres sehr wichtiges Material, darunter die neuen Adressenverzeichnisse in Buchform und Material für die Photographen-Agitation. Wo diese Sendung nicht eingetroffen sein sollte, wolle man dem Unterzeichneten zwecks Nachlieferung sofort Mitteilung machen.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

An die Ortsvorstände.

Die vierteljährlichen Berichtskarten für das Reichsstatistische Amt über die vorhandene Mitgliederzahl und die Arbeitslosigkeit haben trotz Hinweis in der »Graphischen Presse« nicht eingesandt die Mitgliedschaften: Aschaffenburg, Bremen, Buchholz, Chemnitz, Coburg, Colmar, Detmold, Dortmund, Duisburg, Eilenburg, Essen, Eßlingen, Forbach, Freiburg i. B., Fürth, Geßlingen, Greiz, Iserlohn, Kiel, Königsberg, Lübeck, Lüdenscheid, Neu-Isenburg, Neurode, Schlettau, Ulm, Wurzen, Zeitz und Zwickau. Darunter befinden sich auch einige Mitgliedschaften, die selbst vom ersten Quartal, (April) diese Statistikkarte nicht eingesandt haben, nämlich: Bremen, Coburg, Colmar, Duisburg, Eilenburg, Essen, Eßlingen, Freiburg i. B., Greiz, Königsberg, Lüdenscheid, Neurode und Ulm. Hoffentlich wird es nun endlich besser werden mit dieser notwendigen Berichterstattung.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Der Mut der Überzeugung.

Eine der eigenartigsten Erscheinungen in der Gegenwart ist das lawinenartige Anschwellen der proletarischen Organisationen. Während noch vor einigen Jahrzehnten, in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung, die Agitations- und Organisationsarbeit nur geringe Erfolge aufzuweisen hatte, weil die Arbeiter, aller

Aufklärung und Anfeuerung zum Trotz, nur langsam, zögernd und widerwillig von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, sehen wir heute, wie die Proletarier in immer dichteren Scharen ihren Organisationen zuströmen. Je größer diese Organisationen werden, desto leistungsfähiger werden sie und desto größer wird ihre Anziehungskraft auf die Arbeitermassen. Auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gilt das Gesetz, das wir im Bereiche der gesamten Natur beobachten, daß mit dem Wachsen der Masse auch die Anziehungskraft wächst. Die Soziologen sprechen von dem Geheimnis der großen Zahl, was besagen will, daß größere Organisationen die Fernstehenden viel stärker anziehen, als dies bei kleineren Vereinen der Fall ist.

Manche unser Kollegen erinnern sich noch jener schweren Zeiten, als die Mitglieder der Arbeitervereine erst nach Dutzenden oder höchstens nach Hunderten zählten, als die Mitgliederzahl trotz aller Mühe und Arbeit nicht wachsen wollte. Sie erinnern sich all der Opfer, die scheinbar unnütz gebracht wurden, all der vergeblichen Bemühungen, die gemacht wurden, um neue Mitkämpfer zu werben. Heute blicken sie mit einem wehmütigen Lächeln auf jene Zeit zurück, wenn sie die Riesenzahlen lesen, mit denen heutzutage die Gewerkschaften aufmarschieren, und wenn sie die Riesensummen betrachten, mit denen die Verbandskassierer heutzutage rechnen. Wer möchte es leugnen, daß man in der Frühzeit des Sozialismus die Werbekraft des Organisationsgedankens überschätzte und daß die Führer und Vorkämpfer jener Tage sich irrten, wenn sie auf einen schnelleren Zustrom klassenbewußter Proletarier hofften? Ferdinand Lassalle hörte schon im Geiste den Schritt der Arbeiterbataillone, die mit erzenen Sandalen und wallendem Lockenhaar herandrückten, und er meinte, man brauche den Arbeitern nur ihre elende Lage zu schildern und sie würden scharenweise auf dem Plane erscheinen. Und dabei zählte der von ihm gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der einen Wochenbeitrag von 5 Pf. erhob, bei seinem Tode in ganz Berlin noch keine hundert Mitglieder, ein Resultat, das uns heute geradezu lächerlich vorkommt. Um so erfreulicher ist es, wenn man den Drang zur Organisation in der Gegenwart mit der früheren Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit vergleicht und wenn man die Fortschritte der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten beobachtet.

Das geradezu märchenhafte Anschwellen der proletarischen Organisationen versetzt die Kapitalisten und auch weite Kreise des deutschen Bürgertums nicht nur in ärgerliche Erregung, sondern es erscheint ihnen auch unbegreiflich und schier rätselhaft. Sie stehen dieser auffallenden Erscheinung verständnislos und ratlos gegenüber und sie suchen deshalb nach einer Erklärung. Daß die modernen Arbeiter aus Solidaritätsgefühl und Klassenbewußtsein sich mit ihren Kollegen zum organisierten Klassenkampf zusammenschließen, will diesen Schichten ohne Ideale, wie man sie ge-

nannt hat, nicht in den Sinn; sie wollen es nicht glauben und sie können es auch nicht begreifen, daß selbst die schlechtestbezahlten Arbeiter einen Opfermut beweisen, der in bürgerlichen Kreisen vergebens gesucht wird. Und so sind sie denn auf den Gedanken verfallen, daß die Arbeiterorganisationen das Ergebnis eines ungeheuren Zwanges seien, einer terroristischen Gewaltherrschaft, wie sie die Welt noch nicht gekannt hat. Wie gewisse Leute, wenn sie das Wort Revolution hören, an geschwungene Heugabeln und geschliffene Sensen denken, so schwebt den Scharfmachern und Scharfmachergenossen bei dem Wort Arbeiterorganisation ein dicker Knüppel vor ihrem geistigen Auge, mit dem die Arbeiter von den Hetzern und Aufwieglern in die Organisation hineingetrieben werden. Und so phantasieren sie von einem Terrorismus sondergleichen, den die Proletarier gegenseitig aufeinander ausüben, und höhnisch sprechen sie von den Zwangsmitgliedern der Arbeitervereine. Und wenn nun noch hinzukommt, daß jene traurigen Gesellen, die ihre Groschen lieber in Fusel anlegen, als daß sie damit ihre Beiträge bezahlen, die üblichen Schauergerichten von dem Druck ihrer organisierten Kameraden erzählen, wenn sich diese Sklaven der Selbstsucht und des Lasters als Freiheitshelden aufspielen, da braucht man sich kaum zu wundern, daß das Märchen vom Koalitionszwang und von dem Terrorismus der Organisationen immer tiefere Wurzeln schlägt und daß es zuletzt zu einem Dogma wird, an dem kein Zweifel erlaubt ist. Die Führer der Arbeiter können sich die Finger lahm schreiben und die Kehle heiser reden, die Gegner der Arbeiterbewegung lassen sich von ihrem Glauben nicht abbringen. Alle anderen Berufswege: Kaufleute und Fabrikanten, Privatangestellte und Staatsbeamte, Bauern und Handwerker, alle diese Bürgerleute schließen sich freiwillig und aus eigenem Antriebe zu Verbänden zusammen, aber die Arbeiter aller Art werden durch einen ungeheuerlichen Zwang in ihre Organisationen hineingepreßt — an dieser Meinung halten die bürgerlichen Schichten fester als an dem Evangelium der Bibel.

Mit diesem Unsinn müssen wir nun einmal rechnen und wir denken uns kaum noch etwas dabei. Aber auch andere Bevölkerungskreise, die der Arbeiterbewegung an und für sich gar nicht einmal feindselig gegenüberstehen, glauben steif und fest an das Märchen vom Koalitionszwang, wie man dies häufig beobachten kann. Wie erklärt sich dies? Das ist ein ganz interessantes Thema, dessen Erörterung manches Anregende bietet.

Die hohe Bedeutung und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Hebung der Arbeiterklasse ist in proletarischen Kreisen noch lange nicht so weit verbreitet, wie es wünschenswert wäre. Besonders unter den Mädchen und Frauen und auch unter den älteren Leuten mangelt es noch sehr an einem genügenden Verständnis. Manche Arbeiterfrau findet es ganz erklärlich, daß der Mann einem Gesangverein angehört und daß er dort

jede Woche einen Abend zubringt, aber daß er einer politischen Organisation angehört, die nur Geld kostet und nichts einbringt, das will ihr nicht in den Sinn. Manche Arbeiterbraut hat nichts dagegen, daß ihr Bräutigam in einen Theaterklub und einen Turnverein geht, und die hiermit verbundenen Geldkosten erscheinen ihr als notwendige Ausgaben, aber was er in einer Gewerkschaft zu suchen hat, wo er die »hohen Beiträge« bezahlen muß, das versteht sie einfach nicht. Ebenso verhält es sich auch mit zahlreichen Vätern und Müttern, die es für eine unverzeihliche Verschwendung halten, daß ihr Sohn sein Geld in die Vereine trägt. Infolge dieses mangelnden Verständnisses bleiben die Vorwürfe nicht aus. Und da es vielen organisierten Arbeitern an der Fähigkeit, mandmal auch an der Lust fehlt, seine Organisationszugehörigkeit zu rechtfertigen oder zu erklären, lautet die Antwort ganz einfach: Was soll ich machen? Meine Kollegen sind in der Organisation und darum muß ich auch hinein. Es bleibt mir nichts andres übrig. — Es fehlt diesen Leuten der Mut der Überzeugung, denn anstatt frei und offen zu erklären, daß sie aus innerer Überzeugung der Organisation angehören, weil sie als klassenbewußte Proletarier ihre Pflicht tun wollen, statt dessen verkriechen sie sich hinter ihre Kollegen und stellen sich an, als ob sie nur dem Druck von außen gewichen seien.

Auf diese Weise setzt sich dann in den Köpfen der Proletarierinnen die Meinung fest, daß der Beitritt zur Organisation die Folge eines Zwanges sei. Und wenn dann ein junges Mädchen von ihrer Dienstherrschaft oder von ihrem Prinzipal gefragt wird, ob ihr Bruder oder ihr Bräutigam auch der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft angehöre, dann wird geantwortet: Er muß ja in der Organisation sein, seine Kollegen zwingen ihn dazu. — Dieselbe Antwort gibt eine Arbeiterfrau, die zum Scheuern oder Reinemachen geht, wenn ihre Madame fragt, ob ihr Mann oder ihr Sohn organisiert sei. Und wenn eine Arbeiterfrau in der Konsumgenossenschaft kauft, so entschuldigt sie dies mandmal dem Krämer gegenüber, bei dem sie früher ihre Ware entnommen hat, mit der Ausrede, daß ihr Mann dies haben wolle, weil seine Kollegen es verlangten.

Auf diese Weise bekommt das Märchen vom Koalitionszwang immer neue Nahrung und der Glaube an den gewerkschaftlichen und politischen Terrorismus gewinnt immer festere Formen. Dann schütteln die biedereren Philister und Pfahlbürger ihre weisen Häupter und können es nicht begreifen, daß die Arbeiter sich einen solch unerträglichen Druck ruhig gefallen lassen. Dies ist eine tieftraurige Wahrheit, die man im praktischen Leben tagtäglich beobachten kann.

Allerdings macht sich in neuerer Zeit ein allmählicher Umschwung bemerkbar. Immer breitere Schichten proletarischer Herkunft werden sich der Bedeutung und der Notwendigkeit der Organisationen bewußt. Sie fühlen den Wert und den Nutzen des Zusammenschlusses am eigenen Leibe und immer deutlicher erkennen sie, daß die Opfer nicht vergeblich gebracht werden und daß die Organisationsarbeit nicht erfolglos bleibt. Die großen Vorteile materieller und ideeller Art werden heutzutage auch dem blödesten Auge sichtbar. Zugleich wächst auch das Selbstbewußtsein der organisierten Arbeiter und ihr Stolz auf die Leistungen und die Erfolge der Organisationen. Der Mut der Überzeugung ist erfreulicherweise im wachen begriffen und heute gibt es schon genug Arbeiter, die nicht nur ihrem Arbeitgeber gegenüber, sondern auch ihren Familienmitgliedern freimütig erklären: »Nicht einem Zwange folgend schließen wir uns unsern Organisationen an, sondern aus Überzeugung und aus Pflichtgefühl!« In dieser Beziehung muß es noch viel, viel besser werden, dann wird auch endlich das Gerede von dem Koalitionszwang verstummen. Die Scharfmacher und Scharfmacher-

gesellen werden allerdings nach wie vor damit krebzen gehen, aber in den Kreisen der Unbeteiligten werden sie keinen Glauben mehr finden. Es ist höchste Zeit, daß die öffentliche Meinung in bezug auf proletarischen Terrorismus gründlich umgemodelt wird. Und hierzu können wir alle an unserm Teile mitwirken, wenn wir bei jeder Gelegenheit, wo es nottut, unsre Organisationszugehörigkeit mit Stolz bekennen.

Brutus.

Rundschau.

Geschäftsergebnisse. Die Firma Ernst Wasmuth Architekturverlag, Architekturbuchhandlung und Kunstanstalten A.-G. in Berlin, erzielte in dem am 31. Dezember abgelaufenen Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 451.255 Mk. Nach Abzug von 18.621 Mk. Zinsen, 45.000 Mk. Abschreibungen und 317.261 Mk. Unkosten bleibt ein Gewinn von 70.373 Mk. — Das Aktienkapital beträgt 1.500.000 Mk. Bei der Kunst- und Verlagsanstalt Schaar & Dathe Kom.-Ges. a. Akt. in Trier ergibt sich nach 42.954 Mk. (i. V. 23.042 Mk.) Abschreibungen und 66.000 (0) Mk. Postkartenrückstellung ein Verlust von 139.227 Mk. (i. V. 2133 Mk. Gewinn), um den die Unterbilanz auf 464.994 Mk. steigt bei 1 Million Mk. Kapital. — Tapetenindustrie Akt.-Ges. in Berlin (Tiag). Der Jahresbericht für 1912 teilt mit, daß die Abzahlungen von den beteiligten Werken an die Gesellschaft in vertragsmäßiger Weise erfolgt seien. Der neue Aufbau der Rheinischen Tapetenfabrik Akt.-Ges. in Beuel, habe den Erwartungen voll entsprochen, dagegen habe die Abwicklung der Geschäfte der »Tiag« noch eine Reihe von Verlusten gebracht, die zur Abschreibung gebracht wurden, soweit sie feststanden. Weitere Abbildungen würden aber noch auf das Chemnitz Werk zu machen sein; sie lassen sich der Höhe nach zurzeit auch nicht annähernd beziffern. Es wird ein Gewinn aus Zinsen und sonstigen Einnahmen von 528.242 Mk. verzeichnet (i. V. Fabrikationsgewinn 353.267 Mk. und Zinseinnahmen aus Pachtungen 509.147 Mk.). Gehälter und Abschreibungen werden mit 808.610 Mk. (291.572 Mk.) nachgewiesen. Das Geschäftsjahr hat einen Verlust von 280.368 Mk. gebracht, so daß der Vortrag sich auf 14.291 Mk. reduziert. Die Bilanz verzeichnet bei 7,25 Millionen Mk. Aktienkapital und 1,01 (1,22) Millionen Mk. Hypothekendarlehen Bankschulden, 4,35 Millionen Mk. neben 93.041 Millionen Mk. sonstigen Verbindlichkeiten. Andererseits sind die Grundstücke mit 2,34 Millionen Mk. (2,35) Gebäude, Hofanlagen und feststehende Maschinen mit 4,61 Millionen Mk. (4,60) bewertet, die beweglichen Maschinen und Utensilien mit 97,107 Millionen Mk., die Beteiligungen mit 0,46 Millionen Mk. (wie i. V.) bewertet. An Bar, Bankguthaben und Wechseln waren 0,37 Millionen Mk. (0,34), an Effekten und Depots 0,30 Millionen Mk. (1,095) vorhanden. Bei Schuldnern standen 3,54 Millionen Mk. (5,45) aus.

Streikbrecher und Staatsanwalt. Entgegen der Auffassung eines Staatsanwalts, daß die Bezeichnung als Streikbrecher auf alle Fälle eine Beleidigung darstelle, kam das Kölner Schöffengericht zu einem anderen und vernünftigeren Standpunkt. Dort erhob nämlich vor einiger Zeit ein Staatsanwalt gegen ein langjähriges Mitglied öffentliche Anklage, weil es einem Buchdruckereibesitzer namens Steinbeck in Köln vorgeworfen hatte, daß er gelegentlich einer Bewegung, die der Buchdruckerverband in Köln hatte, Streikbrecher gewesen sei. Die Äußerung war in einer Konsumgenossenschaftsversammlung gefallen, und es sollte damit bezweckt werden, daß dem betreffenden Buchdruckereibesitzer die Druckaufträge für die Genossenschaft entzogen würden. Der Angeklagte trat den Wahrheitsbeweis für diese Anschuldigung an. Infolgedessen mußte St. Schritt um Schritt einräumen, daß er die verätherische Handlung begangen hatte. Es nutzte St. nichts, daß er einen Brief des Prinzipals der bestreikten Firma vorlegte, daß bei ihr nicht gestreikt worden sei, und er demnach auch nicht Streikbrecher sein könne. Bezeichnend für die Handlungsweise des jetzigen Prinzipals St. ist es, daß derselbe ein Jahr vor der Bewegung, wo er sich als Streikbrecher produzierte, zu Kollegen geäußert hatte: »Wie ist es, wird in Köln nicht mal bald gestreikt? Die Verhältnisse sind hier doch so miserabel, daß dieses einmal nötig wäre.« Auf diese und andere Begebenheiten konnte sich Steinbeck nur noch »dunkel« erinnern. Auf Grund der blamablen Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt den Freispruch. Der Rechtsanwalt des Angeklagten führte aus, daß der Angeklagte als Aufsichtsratsmitglied der Konsumgenossenschaft sowohl wie als organisierter Buchdrucker nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht habe, solche Vorkommnisse in geeigneter Weise zu besprechen. Der in diesem Gewerbe abgeschlossene Tarif bedinge dieses. In der Form sei der Angeklagte nicht zu weit gegangen und diesem stehe die Wahrung berechtigter Interessen voll zur Seite. Auch könne von öffentlicher Beleidigung nicht die Rede sein, weil zu der Versammlung, wo Steinbeck des Streikbruchs bezichtigt wurde, nur Genossenschaftsmitglieder Zutritt hatten. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und legte in der Urteilsbegründung fest, daß Steinbeck tatsächlich Streikbrecher gewesen sei. Aus diesem

Grunde sei auch seine Nebenklage zwecklos. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Stiftung zu einer Ferienkasse. Gelegentlich einer am 6. Juli stattgefundenen Feler des 25jährigen Eintrittes des Herrn Eduard Poppen in die Geschäftsleitung der in letzter Zeit besonders durch die Einführung des Mertens Tiefdruckverfahrens bekannt gewordenen Freiburger Zeitungsdruckerei H. M. Poppen & Sohn stiftete die Firma zunächst 5000 Mk. zum Fonds einer Ferienkasse für ihre Arbeiter.

Der persönliche Staubschutz in der Gewerbygiene. In der »Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege« führt Dr. Lissauer aus, daß die moderne Gewerbygiene in der Minderung der Staubgefahr in Fabrikbetrieben ganz wesentliche Fortschritte gemacht habe. Durch eine noch so günstige Ausgestaltung der maschinellen, der Staubbeseitigung dienenden Einrichtung wird aber der persönliche Staubschutz nicht überflüssig. Auch das teilweise Versagen der Respiratoren kann nur wieder die Frage nach weiteren Mitteln zum Schutze der Atmungsorgane durch Staub aufweisen. Aus diesem Grund ist einer gründlichen Nasenreinigung der gewerblichen Arbeiter neben der Reinigung des Mundes das Wort zu reden. Da der Staub in der Nase eine austrocknende Tätigkeit ausübt, die Flüssigkeit abgebenden feinen Öffnungen verstopft und in seiner Menge einen schleimigen Übergang darstellt, der eine weitere Flüssigkeitsabsonderung hemmt und schließlich so fest haften bleibt, daß er sich seiner Beseitigung widersetzt, so ist dadurch eine besondere Gelegenheit der Staubaufnahme in dem Körper geboten, wenn nicht rechtzeitig dagegen vorgegangen wird. Eine Befuchtung des Naseninnern während der Arbeit in Staubbetrieben würde daher nicht nur dem gefährlichen Eintrocknen des Staubes entgegenarbeiten, sondern auch gleichzeitig die Nasenschleimhaut zu erneuter, aktiver Absonderung anregen und das lästige Trockenheitsgefühl zudem gelindert werden. Die Benutzung eines Nasenbades zur Anfrischung der Nasenschleimhaut und Abdwemmung des abgelagerten Staubes würde daher zu empfehlen und wohl möglich sein. Dabei dürfte die Nase nur in Wasser eingebracht werden, so daß das Wasser durch eine geringe Kopfbewegung nur das vordere Naseninnere berührt. Diese ganze Bewegung soll zu gedachtem Zweck vollkommen genügen. Es ist zu hoffen, daß auch dem Arbeiter die Vervollständigung des Waschens durch eine Nasenreinigung nicht unverständlich bleiben und auch die gelegentliche Benutzung des Nasenbades in besonders staubreichen Betrieben einleuchten wird.

Zur Beachtung während der Ferien. Mit den großen Ferien beginnt für unsere Jugend die schöne Zeit in der sie, frei von den Pflichten der Schule, den engen Wohnungen und Straßen der Stadt entfliehen kann, um sich draußen im Wald und Feld zu tummeln und dort Raum zum Spielen, frische Luft und Sonne, und Gelegenheit zum Verkehr mit der Natur zu finden. Aber wie häufig wird von Kindern, wie von Erwachsenen die schöne Gelegenheit, sich an der Natur zu erfreuen, zu allerlei häßlichem Unfug mißbraucht! Gibt es doch unter den Knaben viele, deren Hauptinteresse bei den Ausflügen darauf gerichtet ist, unschuldige Tiere zu fangen oder zu töten und Pflanzen mutwillig zu verstümmeln. Solch verrohemden Gebaren sollten alle Erwachsenen mit Entschiedenheit entgegenreten und den Kindern sagen, welche Folgen ihr unverständliches Treiben hat: daß die Natur mehr und mehr ihrer Schönheit und ihres lebendigen Schmuckes beraubt wird, daß die Zahl der Singvögel, der Schmetterlinge und viele andere kleine Tiere von Jahr zu Jahr abnimmt, daß die Bewohner der Großstädte doppelt Veranlassung haben, den natürlichen Reichtum ihrer Umgebung zu schätzen, daß wir in unverantwortlicher Weise die Natur verwüsten und veröden, und daß jede Rohheit den Täter schändet. Auch das Sammeln von Tieren und seltenen Pflanzen soll man Kindern nicht gestatten, weil es immer zu Quälereien und zur Verrohung der Sammler führt. Die meisten Knaben verstehen weder die Tiere richtig zu pflegen noch schmerzlos zu töten; kommt es doch vor, daß sie Schmetterlinge oder Käfer auf eine Nadel speißen und viele Stunden lang schreckliche Qualen erdulden lassen. Eltern, die ihre Kinder nicht von Tierquälereien abhalten, versündigen sich an ihnen; denn sie lassen die edlen Keime des Guten: Mitgefühl und Güte verkümmern. Aber nicht die Belehrung ist die Hauptsache, sondern das eigene Beispiel. Wenn die Kinder merken, daß Vater und Mutter jede Rohheit verabscheuen und von ihrem Mitleid und Gerechtigkeitsgefühl auch die stummen und wehrlosen Geschöpfe nicht ausschließen, daß sie sich an der Natur erfreuen, ohne zu hetzen, zu töten und zu verwüsten, so wird es gar nicht vieler Ermahnungen und Vorwürfe bedürfen, daß die Kinder ähnlich so denken und handeln.

Eine Abnahme der Sterblichkeit an Alkoholisismus hat das Preuß. Stat. Landesamt konstatiert. Nach den von ihm herausgegebenen Medizinalstatistischen Nachrichten ist die Zahl der Todesfälle an Alkoholisismus von 1096 im Jahre 1909 auf 825 im Jahre 1910 zurückgegangen. Und zwar sank die Zahl der gestorbenen männlichen Säufers von 943 auf 721, die der weiblichen von 153 auf 104. Während 1909 die Zahl der am Alkoholisismus gestorbenen weiblichen Personen noch 14,0% der

männlichen ausgemacht hatte, betrug sie 1910 nur noch 13,0%. Die genannten Zahlen sind ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Antialkoholbewegung allmählich in der Bevölkerung an Boden gewinnt. Zweifellos hat auch der sozialdemokratische Schnapsboykott dazu sein Teil beigetragen.

Zur Einführung der Sommerzeit. Bekanntlich besteht die Absicht, daß an einem bestimmten Tag im April sämtliche Uhren um eine Stunde vorgestellt und im September wieder zurückgesetzt werden. Darüber haben sich jetzt auch die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft geäußert und die Sache sowie eine internationale Verständigung darüber befürwortet. Es liegt auf der Hand, daß in den zwischen beiden Terminen liegenden Monaten durch die Früherlegung sämtlicher Termine eine bessere Ausnutzung des Tageslichts und eine Ersparnis an künstlicher Beleuchtung herbeigeführt wird. Vorausgesetzt natürlich, daß eine internationale Verständigung darüber erzielt wird. Im englischen Unterhause ist bereits ein entsprechender Gesetzentwurf eingebracht worden.

Aus dem Auslande.

Zum Chicagoer Zeitungsstreik. In dem letzten Chicagoer Zeitungsstreik hat sich eine Gruppe sonst kaum in Erscheinung tretender Proletarier besonders hervor. Dies waren die Zeitungsjungen, die, wie das fast ausschließlich in den amerikanischen Großstädten üblich ist, durch Einzelverkauf den Absatz der großen amerikanischen Zeitungen besorgen. Auch diese Jungen streikten und mehr wie alle beteiligten Arbeiter übten sie einen großen Einfluß im Kampfe aus. Wenn die Unternehmer mit großen Opfern endlich ihre Zeitungen herausbrachten, verkauften diese Jungen dieselben nicht. Das Millionenkapital des Zeitungstrust war diesen kleinen Kerls gegenüber machtlos. Keine Nicht-Unionzeitung wurde verkauft, während das einzige Union-Organ, die »Chicago Daly World« ihre Auflage um 200 000 Exemplare erhöhen konnte. Diese Jungen waren in diesem Kampf die Ausschlaggebenden gewesen und blieben den angeschlossenen Gewerkschaften treu. — Noch jetzt haben die Zeitungsunternehmen unter den Folgen dieser Solidarität zu leiden; diese kleinen Jungen aber haben bewiesen, wie die reichsten Unternehmer gegen die Solidarität der Arbeiter machtlos sind. Keine Polizeischikanen und Mißhandlungen brachten die Jungen zum Wanken. — Ein Vorbild für die gesamte Arbeiterschaft.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 15. Juli 1912

Kampf gegen die Kreditüberspannung. Fortdauernd starke Neuinvestitionen. Kupferbörse in Berlin. Steigender Auswandererverkehr. Diskontermäßigung. Saatensland und Getreidepreise: Baumwollindustrie; Elektrotechnik; Roheisenzeugung; Ausland.

Der von der Reichsbank und anderen maßgebenden Stellen eingeleitete Kampf gegen maßlose Kreditgewährung und Kreditinanspruchnahme spannt sich fort, allerdings nicht ohne Gegenströmungen und Proteste. Vor allem in der Provinz schien die schärfere Tonart seitens der Banken vielfach angewendet zu werden; wenigstens gefiel sich hier Warenhandel und Gewerbetreibende am meisten in Klagen über plötzliche empfindliche Störungen, nachdem sie ihre Betriebe, nicht bloß durch eigene Schuld, auf die alte, nachgiebigere Kreditpraxis zugeschnitten hätten. Die Großbanken sollen zahlreiche gute Geschäftsprojekte abgewiesen haben, auf die sie früher ohne Zweifel bereitwillig eingegangen wären.

Im allgemeinen schien jedoch die Geschäftswelt keineswegs an größere Zurückhaltung zu denken. Sie zahlte lieber das höhere Schmerzensgeld für die Heranziehung fremden Kapitals, ehe sie auf lockende, gewinnversprechende Unternehmungen verzichtete. Bisher sind jedenfalls die Neuinvestitionen von Kapital ganz beträchtlich gegen das Vorjahr gestiegen. Vom 1. Januar bis Ende Mai beliefen sich diese Beträge auf 681,35 Millionen Mark, gegen nur 581,26 Millionen Mark in 1911 und 515 bzw. 502 Millionen Mark in den gleichen Monaten der weiter vorangegangenen Jahre. Nur bei den Kapitalvermehrungen, also bei den Erweiterungen schon bestehender Unternehmungen, zeigte der letzte Mai eine kleine Abnahme, um rund 2 Mill. Mk., gegen das außerordentlich lebhaftere Vorjahr. Dagegen waren die Neugründungen abermals im Mai um 12,66 Mill. Mark umfassender wie im Vorjahr.

Manche Betriebe kommen jetzt sogar mit beispieldosen Ansprüchen. So schlägt, nachdem in den Syndikatsfragen klarer zu sehen ist, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft ihren Aktionären eine Ausdehnung des Stammkapitals um nicht weniger als 30 Millionen Mark, insgesamt auf 130 Millionen vor. Nach der Kapitalserhöhung vom April 1910, bei der 36 1/2 Millionen Mark emittiert wurden, ist das neue Projekt das größte Finanzgeschäft in der Geschichte dieses Konglomerates von Kohlenzeden, Hochöfen, Stahl- und Walzwerken.

Der enorm gestiegene Kupferbedarf hat auch auf die deutsche Handelsorganisation umbildend zurückgewirkt. Neben den alten großen Metallhandelsfirmen sah sich der industrielle Verbrauch stark auf die Auslandsbörsen, in erster Linie auf England angewiesen. Allmählich regten sich in Berlin und Hamburg Bestrebungen, schon zur Ersparung von Courtagen, Provision, Stempel und Zinsen, vom englischen Zentrum unabhängiger zu werden. In

Berlin begann man am 8. Juni v. J. mit handelsrechtlichen Liefergeschäften in Kupfer. Anfangs waren die Umsätze klein; noch vor einem halben Jahre wurde ein fähiger Umsatz von 150 bis 200 Tons als sehr befriedigend angesehen. Dann trieb die fortschreitende Weltmarktpreissteigerung die kupferverarbeitenden Industrien rascher als sonst dazu, stärkere Deckungskäufe auf längere Zeit hinaus vorzunehmen. Zeitweise wurde an einem Tage bereits die Rekordziffer von zirka 2000 Tons erreicht. Jetzt soll offiziell ein förmlicher Terminhandel eingeführt werden, wie ihn schon seit 1906 das Berliner Ältestenkollegium empfohlen hat. Ein Antrag des Vorstandes der Berliner Produktenbörse ist bei der Regierung gestellt; die vorläufige Antwort des Reichskanzlers stellt keine weiteren Schwierigkeiten in Aussicht.

Im Zusammenhang mit der günstigeren Konjunktur in Nordamerika scheint sich der Auswanderungsverkehr der großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften rasch wieder zu heben. An der Zunahme war im Mai Hamburg verhältnismäßig stärker beteiligt wie Bremen, dagegen behielt Bremen noch immer das absolute Übergewicht. Es wurden im Mai Auswanderer (ohne Kajütspassagiere) befördert:

	1912	1911	1910	1909
über Hamburg	19 470	9 783	11 520	12 154
„ Bremen	17 701	13 321	16 030	15 678
Zusammen	37 171	23 104	27 550	27 832

Die ersten fünf Monate zusammengerechnet, hob sich der Auswandererverkehr, verglichen mit dem Vorjahre: für Hamburg von 35 448 Personen auf 50 899, für Bremen von 46 527 auf 68 753, insgesamt von 81 975 auf 119 652 Personen.

Die monatlang festgehaltene Spannung von nicht weniger als 2 Proz. zwischen dem deutschen und dem englisch-französischen Banksatz wurde nach langem Zögern dadurch gemildert, daß die Reichsbank am 11. Juni wenigstens um ein halbes Prozent in ihrem Diskontsatz herabging, der seit dem 19. September des Vorjahres 5 Proz. betrug. In England besteht bereits seit dem 9. Mai ein Diskont von 3 Proz.; die Bank von Frankreich verließ am 18. Mai wieder ihre Ausnahmerate von 3 1/2 Proz. und kehrte zu den gewohnten 3 Proz. zurück. Die belgische Nationalbank ermäßigte am 31. Mai ihren Satz von 4 1/2 auf 4 Proz. Das deutsche Verhalten verrät noch immer viel Vorsicht, wie sie durch die außerordentliche allseitige Kreditanspannung nach wie vor bedingt ist. Nachdem sich aber der Reichsbankpräsident noch am 30. Mai in der Sitzung des Zentralausschusses über die Möglichkeit einer Diskontänderung sehr wenig günstig ausgelassen hatte, war die Wirkung des Schrittes um so eindrucksvoller.

Ähnlich belebend wirkten die anhaltend erfreulichen Saatenslandsberichte. Das Vorjahr brachte zwar für Deutschlands Getreideertrag durchaus nicht die großen Nachteile, die man nach der ununterbrochenen Trockenheit und Dürre befürchtete hatte; aber die allgemeine Weltlernte zeigte ein großes Defizit. Vor allem vermochte Rußland nicht in dem Maße, wie vorher in den Erntejahren 1909/10 und 1910/11, die Lücken der zufuhrbedürftigen Länder Europas auszufüllen, so daß für Roggen, Hafer und Gerste überall eine außerordentliche Preissteigerung zu verzeichnen war; weniger für Weizen, weil hier der Zuschußbedarf Mittel- und Westeuropas von vornherein erheblich geringer blieb. Diesmal werden die deutschen Ernteaussichten als überwiegend gute, sowohl von amtlicher wie von privater Seite, bezeichnet. Für Rußland erwartet man, nach allen bisherigen Anzeichen, ein geradezu glänzendes Ergebnis. Was über die Donauländer, die Vereinigten Staaten und Kanada, ferner über Argentinien, Australien und Indien verläuft, klingt nicht ganz so bestimmt, jedoch immerhin überwiegend zusehndlich.

Wenn in der Preisgestaltung des Großhandels vorläufig noch wenig von diesen Erwartungen zu spüren ist, so rührt dies in erster Linie von der sehr niedrigen Einschätzung der aus alter Ernte verfügbaren Vorräte her. Das preisbeeinflussende Angebot wird gerade beim Getreide sehr wesentlich von den älteren »Reserven« mitbestimmt, und zweifellos sehen sich diejenigen Elemente, die noch vor dem Zustrom neuer Erntemengen zum Ankauf von Getreide gezwungen sind, durch die schmalen verfügbaren Restbestände in ziemliche Verlegenheit gesetzt. Daß der Handel aber mit einem baldigen Umschwung rechnet, zeigen die starken Preisunterschiede zwischen Julilieferung und Septemberlieferung: in Berlin notierte Juliweizen und Juliroggen in der Woche vom 11. bis 18. Juni beispielsweise 229 bis 232 und 193 1/4 bis 195 1/4 Mk., während in der übernächsten Woche (25. Juni bis 2. Juli) der Septemberweizen stets unter 208 1/4, der Septemberroggen für höchstens 174 3/4 Mk. zu haben war. Die Umsatzenmengen mögen in einen wie im anderen Falle fast belanglos gewesen sein, wie so häufig beim Übergang von alter zu neuer Ernte: die vorwiegenden Vermutungen der Handelskreise sprechen sich unlegbar in diesen Preisziffern der größten und maßgebendsten deutschen Produktenbörse aus. Am 8. Juli notierte Septemberweizen sogar 203,25 bis 203 Mk., Septemberroggen 170,25 bis 170,50 Mk.; die Börsenkreise halten also an ihrer Beurteilung der zukünftigen Marktverhältnisse fest.

Bestätigen sich diese Hoffnungen, so wäre nicht nur ein drückender Alp von der Brust der consu-

mierenden ärmeren Bevölkerung genommen. Auch große Industriezweige müßten die vermehrte Kaufkraft der Massen in der Hebung des Absatzes für ihre eigenen Erzeugnisse spüren. Im besonderen Maße gilt dies für die Textilindustrien, für deren hervorragenden Zweig ferner noch günstige Aussichten der Rohstofflieferung sich darbieten. Nach den bisher vorliegenden Berichten über die amerikanischen Baumwollpflanzungen rechnet man auf einen guten Durchschnittsertrag von etwa 13 bis 14 Millionen Ballen. Umgekehrt wie beim Getreide, fallen jedoch, nach der vorjährigen Rekord-ernte, bei der Baumwolle noch ansehnliche Vorräte preisermildern in die Wagschale. Die sichtbaren Vorräte stellten sich nämlich am 28. Juni des laufenden Jahres auf 2 699 Millionen Ballen gegen 1 784 Millionen in 1911 und 1 726 Millionen in 1910. Wenn die Baumwollpreise trotzdem nicht niedrig stehen (am 8. Juli in Bremen 67 Pf. für Upland Middling, in Liverpool Jullieferung 6,77 Pence), so rührt das lediglich von der starken internationalen Rohstoffnachfrage, also von dem regen Geschäftsgang der Baumwollgewerbe her. »Die (deutschen) Textilfabrikanten,« schreibt man dem »Berliner Tageblatt«, »sind zur Zeit reichlich beschäftigt und auf längere Termine hinaus mit Aufträgen versehen. Dies dürfte auch wohl in der Hauptsache den Anstoß dazu gegeben haben, daß die Fabrikanten kürzlich eine Erhöhung der Garn- und Gewebepreise eintreten ließen, die durchschnittlich zirka 20 Proz. beträgt.«

Als Brennpunkt aller Lichtstrahlen stellt sich die Elektrizitätsindustrie dar. Mit dem Bau von Dynamomaschinen, Elektromotoren, Transformatoren und ähnlichem ist sie so stark beschäftigt wie nie zuvor. Die Gesellschaften sind genötigt, immer längere Lieferungsfristen auszubedenken, und führende Werke beabsichtigen eine weitere Ausdehnung ihrer Betriebe. Vor allem soll die große Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, im letzten Drittel des Jahres, eine Kapitalserhöhung um 20 bis 30 Millionen Mark vornehmen wollen. Nach der letzten Bilanz hatte die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ein Aktienkapital von 130 Millionen Mark, daneben offene Reserven von 60 Millionen Mark, einen Obligationenumlauf von 80 Millionen Mark. In dieser Bilanz stehen ferner die Union-E.-G.-Aktien und die von der Union übernommenen Werte, sowie die sämtlichen Maschinen und Werkzeuge aller Abteilungen — zusammen ein Riesensobjekt — nach der »Voss. Ztg.« mit je einer Mark zu Buche!

Auch aus der Eisenindustrie hört man von zahlreichen Preisaufbesserungen. Die deutsche (und luxemburgische) Roheisenzeugung stellte sich während der Monate Januar bis 30. Juni 1912 auf 8 424 632 Tonnen, gegen 7 682 639 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Das vorteilhafte Bild wird noch dadurch verstärkt, daß selbst Länder, die sonst nur langsam in Gang zu kommen pflegen, gleichfalls ihre Aufschwungszeit durchmachen. So Österreich seit dem Verfliegen der bosnischen Wolken, während Rußland augenblicklich sogar eine Periode des Gründungs- und Spekulationsschwinds erlebt.

Nach Max Schippel.

Die „Volkfürsorge“ und ihre Gegner.

Die Wälder des Kapitals speien wieder einmal Feuer und Flammen und tuten — linker Hand — rechter Hand — unisono in das gleiche Horn: »Das Vaterland ist in Gefahr!« Der Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften, die Volkversicherung durch Errichtung der Aktiengesellschaft »Volkfürsorge« zu organisieren, hat sie ganz aus dem Häuschen gebracht und sie leitartikelhaft darauf los, als handle es sich um die größte Staatsaktion. Sonderbar — in dem ganzen Schwall von Worten, mit dem sie das neue Volksunternehmen »begrüßen« — nicht ein Wort der Abwehr gegen die aufklärende Kritik, die der Referent, der Genosse v. Elm, auf dem Berliner Genossenschaftstag an den großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften übte. Warum gegenüber dieser Kritik das absolute Schweigen?

Wir wollen denn in diesem Punkte scheinbar so ganz versagenden Gedächtnis der Vertreter der kapitalistischen Profitinteressen etwas nachhelfen und bitten dann in aller Bescheidenheit darum, sich einmal über die folgenden, vom Referenten festgestellten Tatsachen zu äußern:

Der kapitalistische Profit der Versicherungsgesellschaften ist ganz enorm! Das Einkommen des Direktors der »Viktoria« betrug im letzten Jahre 780 000 Mark!!! Die sieben Herren vom Aufsichtsrat erhielten zusammen an Tantiemen 150 000 Mark; die Aktionäre an Dividenden Mk. 1 180 000 — 39% (!) ihres eingezahlten Aktienkapitals. Auch bei der »Friedrich-Wilhelm« machen die interessierten Kapitalisten ein gutes Geschäft. Die Aktionäre erhielten 1910: 540 360 d. h. 36% (!) der Bareinzahlungen auf ihre Aktien. An Tantiemen erhielten: der Vorstand 110 879 Mk.; der Aufsichtsrat 92 399 Mk.; sonstige Personen 27 719 Mk.

Die Verwaltungskosten der Gesellschaften sind ungeheuerlich hoch. Bei der Volkversicherung der »Viktoria« betragen sie in den letzten 3 Jahren 46 811 374 Mk., d. h. 23,7% der Prämienentnahme;

bei der »Friedrich-Wilhelm« 1908, 1909, 1910 zusammen 18 610 636 Mk. 29,9% der Prämieinnahme.

In den letzten 3 Jahren sind bei der »Viktoria« und bei der »Friedrich-Wilhelm« zusammen 666 543 — bei sämtlichen Versicherungsgesellschaften über 1 Million Polizen verfallen. Hunderttausende armer, unbemittelter Volksgenossen verlieren jährlich große Summen Geldes an die kapitalistischen Gesellschaften, ohne von ihnen irgend welche Gegenleistungen zu empfangen. Bei der Volksversicherung lassen sich die Gesellschaften von den Arbeitern enorm hohe Prämien zahlen, ohne ihnen eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Die »Viktoria« vereinnahmte in den letzten 3 Jahren an Prämien von den Volksversicherten 197 635 831 Mk., an Polizengebühren 2258 743 Mk.; sie schrieb den Versicherten an Gewinnanteilen gut: 29 272 641 Mk., sodaß sie von den Versicherten eine Nettoeinnahme von 170 621 933 Mk. erzielte. An Versicherungssummen und für Rückkauf von Polizien verausgabte die »Viktoria« dagegen nur an die Versicherten 84 917 805 Mk. Bei der »Friedrich-Wilhelm« ist das Verhältnis noch ungünstiger; sie vereinnahmte 1908, 1909, 1910 zusammen von den Versicherten 62 1/2 Millionen Mark; ihre Gegenleistungen an die Versicherten betragen dagegen nur 18 Millionen Mk. Und das sind nicht etwa Ausnahmejahre; jahraus, jahrein dasselbe Bild — hohe Prämieinnahmen — ganz minimale Gegenleistungen an die Versicherten.

Wie wollen die kapitalistischen Soldschreiber die aus diesen ungesunden Verhältnissen von dem Referenten gezogenen Schlußfolgerungen: »Die Volksversicherung ist wohl für die daran beteiligten Kapitalisten ein glänzendes Geschäft, den Interessen des Volkes entspricht sie nicht, sie besitzt keinerlei sozialen Wert!« entkräften?

Und wenn nun der Referent fortfahrend erklärte: »Die Volksversicherung muß ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleidet werden, sie muß wieder auf der Basis der Solidarität aufgebaut werden; dieser Aufbau muß jedoch auf einer großen breiten und rechnungsmäßig durchaus sicheren Grundlage erfolgen«, so meinen wir, jeder sozialdenkende Mensch müßte dem zustimmen und dann rein objektiv prüfen, ob der in seinen Grundzügen entwickelte Plan aus- und durchführbar ist.

Wir wollen den Organisationsplan der »Volksfürsorge« noch einmal kurz skizzieren:

Die Träger der Versicherung sollen die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften und Genossenschaften bilden. Zweieinhalb Millionen Gewerkschafts-, einunddreißig Millionen Genossenschaftsmitglieder bilden zweifellos ihrer Zahl nach eine Grundlage für einen rechnungsmäßig durchaus sicheren Aufbau. Die »Volksfürsorge« will den Kreis ihrer Versicherten aber nicht auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder beschränken. Alle Volksgenossen können sich der Volksfürsorge anschließen — unbekümmert um ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die »Volksfürsorge« soll die Form einer Aktiengesellschaft haben; das Grundkapital soll eine Million betragen. Gewerkschaften und Genossenschaften haben sich verpflichtet, jeder Verband für sich die Hälfte des Aktienkapitals zu zeichnen. Es ist bereits gezeichnet und wird von den Gewerkschaften und Genossenschaften bar eingezahlt werden. Die Generalversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat werden aus der gleichen Anzahl Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften bestehen. Die Aktien können nur mit Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrates auf einen andern Besitzer übertragen werden. Der Höchstbetrag der Aktien soll 4% betragen. Der ganze Reingewinn soll nach Zuweisung der notwendigen Beträge an die gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds zugunsten der Versicherten verwandt werden.

Wir stimmen dem Referenten darin durchaus zu, daß diese Grundlage die Gefahr einer kapitalistischen Entartung für alle Zeiten ausschließt.

Die »Volksfürsorge« wird alle Arten der Versicherung einführen, wie die großen Lebensversicherungsgesellschaften — in erster Linie die Kapitalversicherung, die Versicherung auf Todesfall ohne ärztliche Untersuchung.

Der Verfall von Polizien soll dadurch ausgeschlossen werden, daß neben der Kapitalversicherung eine Spar- und Lebensversicherung eingerichtet wird. Ist es einem Versicherten unmöglich, nach Ablauf der gewährten Zahlungsfrist seine Beiträge für die von ihm abgeschlossene Kapitalversicherung weiter zahlen zu können, so wird seine Police ohne weiteres, also ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf, in eine solche als Spar- und Lebensversicherung umgewandelt. An eine Zahlungsfrist ist er nicht mehr gebunden, er kann zahlen, wann es ihm möglich ist. Nach dem Betrage seiner Zahlungen erhöht sich seine Versicherungssumme — eventuell auch über die von den Versicherungsgesellschaften vorgeschriebene Höchstgrenze von 1500 Mk. hinaus.

Bei Einführung dieser Methode kann mit vollem Recht gesagt werden, daß das Anrecht des Versicherten niemals erlischt, daß kein Pfennig der eingezahlten Beiträge ihm verloren geht.

Selbstverständlich werden die Prämientabellen auf Grund vorsichtiger Berechnungen eines Versicherungsmathematikers festgesetzt und vom Aufsichtsrat nachgeprüft werden. Diese Arbeit erfordert viel Zeit und deshalb dürfte die »Volks-

fürsorge« vor dem 1. Januar n. J. ihre Wirksamkeit nicht beginnen können.

Schon vor dem Genossenschaftstage wurde nun in den Organen der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften versucht, das Kaiserliche Aufsichtsamt gegen die »Volksfürsorge« aufzuhetzen; man behauptete dreist und nett, ihre Gelder würden zu sozialdemokratischen Parteizwecken und für Streiks Verwendung finden.

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärte demgegenüber der Referent: »Die Herren Kapitalisten waren noch niemals so sehr auf dem Holzwege, wie in diesem Fall. Das Kaiserliche Aufsichtsamt wird niemals Veranlassung haben, die Anlage unserer Gelder zu bemängeln; es fällt uns nicht im Traum ein, Gelder zu Parteizwecken oder für Streiks zu verwenden. Wir werden die Gelder derart belegen, wie es uns das Gesetz und das Interesse der Versicherten gebietet.«

Da nun aber auch jetzt nach dem Genossenschaftstage die Angriffe nach dieser Richtung noch immer versteckt oder offen fortgesetzt werden, lassen wir hier aus dem Entwurf der Kommission den Paragraphen über die Belegung der Gelder der »Volksfürsorge« folgen. Er lautet:

»Die Anlage des Vermögens der Gesellschaft erfolgt:

I. Soweit es sich um etwaige den Prämienreservefonds bildende Bestände handelt, nach Maßgabe der §§ 59, 60 und 99 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901.

II. Die Anlage der übrigen Bestände kann nach den in Ziffer I angeführten Bestimmungen erfolgen, ist aber auch in folgender Weise zulässig:

1. in Hypotheken, welche nach den gesetzlichen Vorschriften des Bundesstaats, in welchem das beliehene Grundstück liegt, zur Anlage von Mündelgeldern sich eignen;
2. in ausländischen Staats- und Kommunalpapieren jedoch nur in soweit, als dieselben zur Kautionsleistung behufs Erlangung der Konzession zum Geschäftsbetrieb in ausländischen Staaten erforderlich sind;
3. in Wertpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlage von Mündelgeld zugelassen sind;
4. in solchen Pfandbriefen deutscher Hypothekendarlehenbanken, welche die Reichsbank in I. Klasse beleiht;
5. durch Lombarddarlehen auf Staats-, Kommunal-, landwirtschaftliche und kreisländische Papiere und sonstige Wertpapiere nach den Grundsätzen der Reichsbank;
6. durch Diskontieren von Wechseln nach den Grundsätzen der Reichsbank, mit der Beschränkung, daß der Gesamtbetrag 10 Prozent der vorjährigen Prämieinnahme nicht übersteigen darf.

Der nach Ziffer 4 und 5 anzulegende Betrag darf jedoch 10 Prozent des anlegbaren Vermögens der Gesellschaft nicht übersteigen.

III. Vorübergehend verfügbare Mittel dürfen gemäß einer vom Aufsichtsrate zu erlassenden Anweisung angelegt werden.

Die Vorschriften über die Anlage der Gesellschaftsgelder finden keine Anwendung auf die durch den Geschäftsverkehr entstehenden Außenstände bei Bankhäusern und Agenturen.

Den Verleumdern, welche so sehnlichst durch ihre Hetze bewirken möchten, daß das Aufsichtsamt der »Volksfürsorge« von vornherein die Genehmigung versagt, dürfte durch die wörtliche Wiedergabe dieses Paragraphen ein für alle Male die Waffe aus der Hand geschlagen sein. Aber man glaube nicht, daß sich dadurch die Soldschreiber des Kapitals aus dem Konzept bringen lassen. Was an Unverfrorenheit und Verdrehungskunst in den kapitalistischen Blättern in diesen Tagen gegen die »Volksfürsorge« geleistet wurde, übersteigt wirklich alle Begriffe. Das soll in einem weiteren Artikel gezeigt werden.

Keine Existenzberechtigung. ☞

Aus Anlaß des Gewerkschaftskonfliktes im Christenlager haben die M.-Gladbacher in der Hitze des Gefechts selbst die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften verneint. Das ist jedenfalls das Erbaulichste unter den vielen Erbaulichkeiten, mit denen die unchristliche Auseinandersetzung bei den Christen die Welt bereichert. Bei der Suche nach Gründen für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in bezug auf ihre wirtschaftliche Organisation stießen die M.-Gladbacher auf die einheitlichen Vereinbarungen der Bauern, Ärzte, Rechtsanwälte usw., und vor allem die der Unternehmer. Pathetisch riefen sie aus: Will man den Arbeitern verweigern, was allen anderen Berufsständen erlaubt ist?

In der bademittelischen Zentrumsprelle, in den christlichen Gewerkschaftsblättern, auch in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« des Herrn Giesberts, ist dieses Argument gegen katholische Gewerkschaften vielfach variiert worden. Selbst der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften sah in der Konstatierung der Einheitlichkeit der Unternehmerorganisation die stärkste Waffe gegen die Forderung der Konfessionellität. In seiner Proklamation zum Gewerkschaftstreik heißt es:

»In den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teile Deutschlands wirken evan-

gelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einheitlich zusammen. Mit diesen nichts weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Arbeitsarbeitsverträge abschließen. Bei solcher Sachlage ist ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten . . . aller Arbeiter unvermeidlich.«

Die Logik ist zwingend. Dagegen läßt sich gar nichts einwenden. Allerdings, die M.-Gladbacher verwegt die Logik, indem sie in die অপুক্তierte Stelle des Zitats das Epitheton »christlich-national« einschmuggeln. Wo steht das bei den Unternehmern? Nirgends! Warum müssen die Arbeiter in christliche und nichtchristliche Organisationen gespalten und dadurch geschwächt werden, wenn, wie die Christen selbst konstatieren, für die Unternehmer solche Trennung nicht existiert und nicht verlangt wird? Bestehen etwa grundsätzliche Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen oder in der Wahl der zu ihrer Durchsetzung erwählten Mittel? Nein! Solche Gegensätze sind nicht vorhanden!

Die freien Gewerkschaften fordern Arbeiterschutz, vernunftgemäße Arbeitszeit mit dem Ziel des Achtstundentages, mögliche Abschaffung der Überarbeit, Sonntagsruhe, auskömmliche Löhne, Ausbau der sozialen Versicherung! Diese Forderungen sind ziemlich identisch mit den von Bischof Ketteler erhobenen, die das soziale Programm der christlichen Gewerkschaften bilden.

Die gleichen Ziele haben auch die gleichen Kampfmittel und -methoden zur Voraussetzung. Beeinflussung der Gesetzgebung, Kritik von Mißständen, Verhandlungen mit den Unternehmern, Abschluß von Tarifen usw., das sind die Mittel, mit denen die freien Gewerkschaften auf eine Gesundung der Arbeitsverhältnisse einzuwirken versuchen. Nur wenn alle friedlichen Mittel versagen, ein direkter Kampf unvermeidlich geworden ist, greifen sie zur Waffe des Streiks. Und diese Taktik reklamieren auch die christlichen Gewerkschaften als die einzig richtige und mögliche für sich. Damit gerade stellen sie sich ja in einen Gegensatz zu den Fadhabeitern.

Unterschiede zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften in der Kampfmethodik sind jedoch höchstens solche der Taktik, des Grades, nicht aber grundsätzlicher Natur.

Für die Zersplitterung der Arbeiter gibt es demnach gar keine stichhaltige Begründung. Das um so weniger, als die einheitlich organisierten Unternehmer den Forderungen der christlichen Gewerkschaften genau denselben Widerstand entgegenzusetzen, als wie denen der freien Gewerkschaften.

Weil man keinen sachlichen Grund für die Spaltung und Schwächung der Arbeiter angeben kann, man auf diese aber nicht verzichten will, muß der Einwand einer verschiedenen Weltanschauung als Argument erhalten. Wieso rechtfertigt eine unterschiedliche Weltanschauung die Zersplitterung der Arbeiter bei Wahrnehmung ihrer Interessen, wenn die gleichen Forderungen erhoben werden, nach der gleichen Methode gekämpft wird? Wenn trotz der gleichen Interessen, Forderungen und Kampfmethoden die Weltanschauung eine Trennung in christliche und unchristliche Lager bedingt, warum nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den Unternehmern? Sind unter diesen etwa keine Nichtchristen, keine Atheisten?

Hier versagt die Rabulistik der christlichen Gewerkschaftsdemagogen. Hier wird ihre Zwiespältigkeit offenbar, hier enthüllt sich als Vorwand, was man als Grund der Zersplitterung der Arbeiter ausspielt. Man befürchtet, eine einheitliche freie Gewerkschaftsbewegung könnte die bisher irreführenden Arbeiter von der Knechtschaft des arbeitfeindlichen, die Religion für reaktionäre Parteizwecke und kapitalistische Interessen mißbrauchenden Zentrums befreien. Um das zu verhindern, darum der Lug und Trug gegen die Arbeiter. Daß man sie absichtlich beschwindelt, sich der Zwiespältigkeit bewußt ist, die darin liegt, daß Arbeitern verboten wird, was als unbeschränktes Recht der Unternehmer kein Glaubensritter anzutasten wagt, dafür liefert die Nummer 25 der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« einen netten Beleg. Das Blatt kommt wieder auf die Einheitlichkeit der Organisation anderer Berufsstände zu sprechen — aber es unterschlägt dabei die Unternehmerverbände, die eigentlichen Gegner der Gewerkschaften! Das ist sehr bezeichnend. Doch hören wir die »Westdeutsche«. Sie schreibt:

»Daß die für unsere Verhältnisse notwendigen interkonfessionellen Arbeitergewerkschaften nicht anders behandelt werden können als die Bauernvereine und Handwerkerorganisationen, versteht sich unseres Erachtens nachgerade von selbst.«

Jetzt sollen auf einmal nur Bauernvereine und Handwerkerorganisationen zum Vergleich herangezogen werden, die wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer nicht! Operiert man mit den Unternehmerverbänden, dann ist den Argumenten der Christen jede Grundlage entzogen, dann müssen sie selbst ihre Existenzberechtigung verneinen!

Daher der plumpe Versuch, die Unternehmerverbände aus der Debatte auszuschalten. Man merkt die Absicht. — Sie muß auch die bisher gültigen Arbeiter stutzig machen und auf den Weg zur freien einheitlichen Organisation verweisen. Wohl oder übel: der Konflikt im Christenlager wird manchem Arbeiter die Augen öffnen.

Aus dem »Vorwärts«.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Ein- und Ausfuhr graphischer Erzeugnisse 1911.

I.

Die »Papierzeitung« enthält in ihrer Nr. 49 von 20. Juni eine 5 1/2 Quartseiten umfassende tabellarische Darstellung der Ein- und Ausfuhr von Waren der Papierherstellung und -Verarbeitung, von Schreibwaren, Druckereibedarf und Maschinen des deutschen Zollgebietes für das Jahr 1911. Sie gewährt interessante Einblicke in die Höhe und in die Schwankungen der Ein- und Ausfuhrziffern gegenüber dem Vorjahre. In den Tabellen sind auch die Nachweisungen über die Ein- und Ausfuhr der Produkte des graphischen Gewerbes enthalten, die unsre besondere Beachtung beanspruchen.

Unter Nr. 657 a und b des statistischen Warenverzeichnisses sind zunächst ein- und mehrfarbige Postkarten registriert. Die Einfuhr einfarbiger Postkarten mit Bilddruck ging darnach von 622 dz (Doppelzentner = 100 Kilogramm) auf 519 dz, also um 103 dz zurück. Ebenso ist die Einfuhr mehrfarbiger Postkarten mit Bilddruck von 1038 dz auf 951 dz, also um 87 dz gesunken. Da der inländische Bedarf wohl kaum in derselben Stärke zurückgegangen ist, kam der Rückgang der Einfuhr zweifellos den deutschen Unternehmungen zu gute, deren Produktion für den einheimischen Markt in ungefähre derselben Weise gestiegen sein dürfte, wie die Einfuhr aus dem Auslande zurückging. An der Einfuhr einfarbiger Postkarten mit Bilddruck im Jahre 1911 (519 dz) partizipierte Österreich-Ungarn mit 201 und Frankreich mit 103 dz; an der Einfuhr mehrfarbiger Postkarten (951 dz) war Österreich-Ungarn mit 267, die Schweiz mit 224 dz beteiligt. Mit dem Rückgang der Menge ging natürlich auch ein entsprechender Rückgang des Wertes der eingeführten ein- und mehrfarbigen Postkarten parallel, und zwar der ersteren von 187000 auf 156000, also um 31000 Mk. und der letzteren von 415000 auf 380000, also um 35000 Mk. — Wie die Einfuhr ausländischer, so ist aber auch die Ausfuhr deutscher Postkarten nach dem Auslande zurückgegangen. Während 1910 37833 dz ein- und mehrfarbige Postkarten im Werte von 13767000 Mk. ausgeführt wurden, waren es 1911 nur 34458 dz im Werte von 13450000 Mk., sodaß also der Rückgang der Ausfuhr in der Menge 3375 dz und im Werte 317000 Mk. betrug. Was die deutschen Unternehmungen durch den Rückgang der Einfuhr ausländischer Postkarten im Inlande gewannen, ging ihnen durch einen bedeutend stärkeren Rückgang der Ausfuhr auf dem Weltmarkte um das Vielfache wieder verloren. Die bedeutendsten Ausfuhrländer für Postkarten waren 1911: Vereinigte Staaten (9711 dz), Großbritannien (5197), Österreich-Ungarn (4824), Rußland (1776), Niederlande (1700), Schweiz (1536), Italien (1143), Belgien (958), Schweden (850), Dänemark (846), Canada (708), Norwegen (478), Spanien (475), Argentinien (422), Frankreich (414), Portugal (250), Mexiko (240) und Rumänien (218 dz).

Im Gegensatz zu den Postkarten ist sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr von Besuchskarten, gedruckten Bildern, Etiketten, Rechnungsformularen und anderen ähnlichen Drucken (Nr. 657 c und d des statistischen Warenverzeichnisses) gestiegen. Die Einfuhr einfarbiger Erzeugnisse betrug 1910 5278 dz im Werte von 633000 Mk., 1911 5465 dz im Werte von 656000 Mk.; sie stieg also in der Menge um 187 dz und im Werte um 23000 Mk. Die Einfuhr mehrfarbiger Erzeugnisse ist von 2306 dz im Werte von 465000 Mk. im Jahre 1910 auf 2363 dz im Werte von 473000 Mk. im Jahre 1911, also um 57 dz und um 8000 Mk. gestiegen. Bei der Einfuhr einfarbiger Besuchskarten etc. waren in erster Linie die Schweiz

mit 1020 und Frankreich mit 855 dz vertreten, während an der Einfuhr mehrfarbiger Drucksachen der genannten Art hauptsächlich die Schweiz mit 424 und Österreich-Ungarn mit 372 dz beteiligt waren. — Die Ausfuhr deutscher Besuchskarten, Etiketten usw. (ein- und mehrfarbig) nach dem Auslande bezifferte sich 1910 auf 48755 dz im Werte von 13400000 Mk., 1911 auf 57604 dz im Werte von 15497000 Mk., woraus sich eine Steigerung nach der Menge um 8849 dz und nach dem Werte um 2097000 Mk. ergibt. Die Ausfuhr deutscher Produkte der genannten Art stieg also sowohl in der Menge wie nach dem Wert unvergleichlich stärker wie die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse, womit die deutschen Unternehmungen recht zufrieden sein können. Die Ausfuhr ging hauptsächlich nach: Österreich-Ungarn (10680 dz), Großbritannien (10567), Niederlande (5213), Vereinigte Staaten (4712), Schweiz (4503), Belgien (2339), Rußland (2096), Argentinien (1738), Italien (1454), Schweden (1383), Frankreich (1305), Dänemark (1214), Brasilien (1085), Spanien (932), Mexiko (669), Cuba (458), Norwegen (415), Canada (321), Portugal (294 dz).

Die Ein- und Ausfuhr von Tapeten und Tapetenborten aus Papier (Nr. 660 des statistischen Warenverzeichnisses), die besonders unsere Formsteherkollegen interessieren wird, gestaltete sich wie folgt: Die Einfuhr stieg von 3131 dz im Werte von 377000 im Jahre 1910 auf 3783 dz im Werte von 487000 Mk. im Jahre 1911, also um 652 dz nach der Menge und um 110000 Mk. nach dem Werte. An der Einfuhr waren in erster Linie Großbritannien mit 1331 und Frankreich mit 1215 dz beteiligt. — Dieser Steigerung der Einfuhr steht ein beträchtlicher Rückgang der Ausfuhr gegenüber, die 1910 139003 dz im Werte von 10182000 Mk., 1911 130779 dz im Werte von 9596000 Mk. betrug, woraus sich eine Verminderung der Ausfuhr um 8224 dz und im Werte von 586000 Mk., also dem Werte nach um mehr als eine halbe Million Mark ergibt. Das ist für die deutsche Tapetenindustrie ein sehr ungünstiges Resultat. Die Ausfuhr richtete sich in erster Linie nach: Niederlande (29155) und Großbritannien (21716 dz); dann folgen in weitem Abstände: Vereinigte Staaten (12635), Belgien (11767), Schweiz (8365), Frankreich (6956), Argentinien (4964), Dänemark (4475), Österreich-Ungarn (4126), Chile (3951), Italien (3844), Schweden (2324) und Rußland (910 dz).

Günstiger wie in der Tapetenfabrikation entwickelten sich die Verhältnisse für die deutsche Industrie in der Fabrikation von Spielkarten (Nr. 661 des statistischen Warenverzeichnisses). Die Einfuhr von Spielkarten betrug 1910 77 dz im Werte von 27000 Mk., 1911 87 dz im Werte von 30000 Mk., woraus sich eine Steigerung der Einfuhr um 10 dz und um 3000 Mark ergibt. Die Vereinigten Staaten führten 51 und Frankreich führte 13 dz Spielkarten in Deutschland ein. — Viel stärker wie die Einfuhr ausländischer ist aber die Ausfuhr deutscher Spielkarten gestiegen. Sie betrug 1910 1005 dz im Werte von 337000 Mk., 1911 aber 1117 dz im Werte von 368000 Mk.; das ist eine Steigerung um 112 dz nach der Menge und um 31000 Mk. nach dem Werte. Diese Steigerung der deutschen Ausfuhr allein macht nach der Menge bedeutend mehr, nach dem Werte fast ebensoviel aus wie die gesamte Einfuhr ausländischer Spielkarten nach Deutschland. Als Ausfuhrländer kamen in erster Linie die Niederlande mit 296 und Dänemark mit 166 dz in Betracht.

Die Einfuhr von Büchern (Nr. 674 a des statistischen Warenverzeichnisses) ist ebenfalls gestiegen, und zwar von 52414 dz resp. 20966000 Mk. auf 56458 dz resp. 22583000 Mark oder um 4044 dz resp. 1617000 Mk. Hauptsächlich wurden Bücher aus Österreich-Ungarn (19721 dz), Großbritannien (9564), Niederlande (7973), Schweiz (6895), Frankreich (5581), Rußland (1735), Vereinigte Staaten (1342), Belgien (1048), Italien (945), Dänemark (781) und Schweden (508 dz) eingeführt. —

Die Bücherausfuhr ist 1911 in der Menge zurückgegangen, im Werte aber gestiegen. Sie betrug 1910 133383 dz resp. 51017000 Mk., 1911 dagegen 132687 dz resp. 51396000 Mk.; das ergibt einen Rückgang der Menge um 696 dz, dafür aber eine Steigerung des Wertes um 379000 Mark. Als Hauptausfuhrländer kamen 1911 in Betracht: Österreich-Ungarn (58632), Schweiz (20156), Rußland (11261), Vereinigte Staaten (10062), Niederlande (5582), Frankreich (5493), Großbritannien (2978), Schweden (2313), Dänemark (2206), Italien (2178), Belgien (1933), Japan (1376), Chile (980), Norwegen (947), Argentinien (902), Brasilien (686), Finnland (675), Spanien (376), China (364) und Rumänien (298 dz).

Die Einfuhr von beschriebenem oder bedrucktem Papier (Nr. 674 b) stieg von 4062 dz auf 4463 dz, also um 401 dz, und von 975000 Mark auf 1071000 Mk., also um 96000 Mk. Derartige Papier wurde hauptsächlich aus Frankreich (1941), Österreich-Ungarn (980) und der Schweiz (668 dz) eingeführt. Die Ausfuhr stieg ebenfalls, und zwar von 26069 auf 32512 dz oder um 6443 dz und von 5001000 auf 6154000 Mk. oder um 1153000 Mark. Für die Ausfuhr kamen besonders Österreich-Ungarn (15531), Frankreich (7361), die Schweiz (5030), Belgien (920), Niederlande (905) und Großbritannien (593 dz) in Betracht.

Die Einfuhr von Musiknoten (Nr. 674 c) ging beträchtlich zurück. Sie betrug 1910 noch 2246 dz, 1911 nur 1835 dz im Werte von 1461000 resp. 826000 Mk. Der Rückgang bezifferte sich demnach auf 411 dz resp. auf 635000 Mk. U. a. führte Österreich-Ungarn 710 und Frankreich 328 dz Musiknoten ein. — Die Ausfuhr ist der Menge nach ebenfalls gesunken, dem Werte nach aber gestiegen. Sie betrug 1910 16182, 1911 15806 dz im Werte von 5708000 resp. 6018000 Mk. Das sind 1911 376 dz weniger, dafür aber 310000 Mark mehr wie 1910. Musiknoten wurden hauptsächlich nach Österreich-Ungarn (4045), Frankreich (2204), Großbritannien (1986), Vereinigte Staaten (1308), Schweiz (1085), Rußland (896), Niederlande (770), Belgien (687), Italien (587) und Argentinien (442 dz) ausgeführt.

Bei fertighergestellten Wertpapieren (Nr. 674 d) stieg die Einfuhr von 157 dz 1910 auf 194 dz 1911, also um 37 dz, während die Ausfuhr von 91 dz auf 66 dz, also um 25 dz sank. Die Werte wurden nicht festgestellt. An der Einfuhr war Belgien mit 134, Österreich-Ungarn mit 27 dz beteiligt, während u. a. nach der Schweiz 16, Großbritannien 12, Österreich-Ungarn 9 und Frankreich 8 dz ausgeführt wurden.

Die Einfuhr von Kalendern (ohne Block, Schreib- u. dergl. Kalender; Nr. 674 e) betrug 1910 1826 dz im Werte von 365000 Mark, 1911 1450 dz im Werte von 261000 Mk.; sie sank also um 376 dz und um 104000 Mk. Die Niederlande allein führte 1004 dz Kalender ein. — Gleich der Einfuhr sank aber auch die Ausfuhr ganz bedeutend, und zwar von 2307 dz im Werte von 365000 Mark auf 1887 dz im Werte von 311000 Mk.; das ist ein Rückgang um 420 dz resp. um 54000 Mk. Von der Ausfuhr entfielen 526 dz auf Österreich-Ungarn und 358 dz auf die Vereinigten Staaten.

Betriebskrankenkasse gegen den Willen der Arbeiter.

In Offenbach a. M. ist schon seit Jahren das Bestreben im Gange, die Allgemeine Ortskrankenkasse durch Gründung immer weiterer Betriebskrankenkassen zu schwächen. Diese Bestrebungen resultieren daraus, daß es sich die Arbeiterschaft angelegen sein läßt, in der Ortskasse ihren Einfluß, soweit notwendig, auszuüben. Auch die Firma Gebr. Klingspor wollte eine Betriebskrankenkasse gründen, angeblich um zu Gunsten der Arbeiter Gelder zu ersparen. Bei einer Abstimmung stimmte jedoch die Arbeiterschaft mit ca. 90 Prozent gegen die Gründung einer Betriebskrankenkasse. Die Firma Gebr. Klingspor, in der auch 22 unserer Chemigraphenkollegen beschäftigt sind, das ist ungefähr der sechste Teil der beschäftigten Arbeiter) erkennt den Chemigraphentarif an. Sie hat also

dadurch den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe eingeräumt. Was tat nun die Firma in diesem Falle? Trotzdem der Vertreter der Firma erklärt hatte, daß die Firma kein Interesse an einer Betriebskrankenkasse habe, beachtete die Firma den durch die Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen ihrer Arbeiter nicht. Die Betriebskrankenkasse wurde gegründet. Durch Anschlag in der Fabrik wurde den Arbeitern einfach bekannt gegeben, daß die Betriebskrankenkasse genehmigt sei und daß am 3. Juli die Vertreterwahlen stattfinden, was auch geschah. Es erscheint mehr wie eigenartig, wenn die Firma angibt, an der Betriebskasse kein Interesse zu haben und trotzdem direkt das Gegenteil von dem ausführt, was die Arbeiter wünschen. Glaubt die Firma hierdurch den sozialen Ausgleich und das Einvernehmen mit ihren Arbeitern zu fördern? Dann schützen auch selbst Tarif-Verträge nicht vor Differenzen und Verschärfungen der Gegensätze. Hoffentlich sichert sich aber die Arbeiterschaft auch in der Betriebskrankenkasse den notwendigen Einfluß, sodaß Verschlechterungen zurückgehalten werden. Es zeigt sich aber auch hier, daß dort, wo die Arbeitgeber die gesetzliche Macht haben, die Frage um die Meinung der Arbeiterschaft eine Farce ist. Anderserseits schützen auch Tarifverträge nicht vor Verschlechterungen, wenn dem Verhältnis nicht beiderseits der Wille zur Verständigung inneohnt.

C. H.

Ortsberichte.

Saalfeld a. S. Keine guten Erfahrungen scheint eine hiesige Kunstanstalt gemacht zu haben, die mit ganz besonderer Vorliebe NV. suchte und einstellte. Nacheinander sind diese Kräfte wieder von der Bildfläche verschwunden; sie wurden nicht so freundlich verabschiedet, wie sie freudig angenommen wurden. Der Kunstanstaltsbesitzer wird wohl selbst zur Einsicht gekommen sein, daß es mit solchen nützlichen Elementen meistens nicht viel ist. Ein Arbeiter, der tüchtig in der Arbeit ist, hält auch zu seinen Arbeitsbrüdern und ist organisiert. Jeder, der noch einen Funken Ehre im Leibe hat, muß bei seiner Berufsorganisation sein, und er darf sich auch von seinem Arbeitgeber durch keinerlei Versprechungen von seiner Berufsorganisation abbringen lassen. Versuche dieser Art werden stetig an organisierte Arbeiter herangetragen, aber sie müssen stets an dem Charakter, an dem festen Willen des Arbeiters abprallen. Die Erfahrung am hiesigen Orte lehrt es doch jedem Kollegen zur Genüge, wie es älteren, ausgenutzten Arbeitern ergangen ist. Von wem sind denn die über ein volles Jahr kranken Kollegen unterstützt worden? Von den Herren Unternehmern oder von den Arbeitsbrüdern, den organisierten? Also jederzeit, wenn so ein »Versucher« naht, die Versendung abweisen und nicht schwach sein. Eine solche schwache Stunde hätte mancher Kollege sein Leben lang zu bereuen. Aber nicht bloß Beiträge zahlen, sondern auch mit Leib und Seele bei der Berufsorganisation sein, ist die Hauptsache. Die Organisation arbeitet unermüdet an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und an der Beseitigung von vorhandenen Mißständen. Zulagen und Wieder-einstellungen etc. kommen auch nicht so von ungefähr, sondern dahinter steckt die Organisation, der Verband.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Unternehmertaktik in der Lehrlingsfrage.

Das Unternehmertum weiß den Vorteil sehr gut zu würdigen, der ihm durch das Vorhandensein eines großen Heeres beschäftigungsloser Arbeiter erwächst. Es weiß, daß die gewerkschaftliche Widerstandskraft der Arbeiter am besten durch die Konkurrenz einer überschüssigen Arbeitermenge verringert werden kann. Die überschüssige Arbeitermenge zwingt den beschäftigten Arbeiter, sich zur Überarbeit zu verstehen. Diese Überarbeit wieder läßt die Reihen der beschäftigungslosen Arbeiter anschwellen. Die Arbeitslosigkeit der einen bedingt eben die Überarbeit der andern und umgekehrt!

Weil die Unternehmer wissen, daß das Vorhandensein einer überschüssigen Arbeitermenge für sie eine Notwendigkeit ist, wenn sie ihre Profite ungehindert steigern wollen, darum werden sie auch stets sehr nervös, wenn die Wahrnehmung zu machen ist, daß sich durch irgend einen Umstand die überschüssige Arbeitermenge zu verringern droht.

Wie sehr das gesamte Ausbeutertum an einer umfangreichen industriellen Reservearmee interessiert ist, das beweist es gerade jetzt wieder durch sein wüstes Geschrei über den Rückgang der Geburten in Deutschland, der von der Regierung festgestellt worden ist. Das Ausbeutertum befürchtet nämlich, daß sich durch eine Abnahme der Bevölkerung auch die überschüssige Arbeitermenge ver-

ringern werde. Es glaubt eben immer noch an die Lehre ehemaliger liberaler Ökonomen vom ehernen Lohngesetz, die wir schon vor 22 Jahren als falsch verworfen haben.

Wohl nun auch die Arbeiter dazu übergehen, in ihrer Vermehrung Maß zu halten, sieht das Ausbeutertum sein Profitinteresse bedroht. Es klagt darum steinerweidend über das angebliche »Sinken der Moralität des Volkes«. Die willkürliche Einschränkung der Geburten soll eben im Interesse des Profits ein Privileg der besitzenden und ausbeutenden Klassen bleiben.

Nach der Deutschen Arbeitgeberzeitung, dem Blatte der großen Scharfmacherverbände, ist daran, daß weite Schichten der Bevölkerung ein Wohleben der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik vorziehen, natürlich wiederum nur die moderne Arbeiterbewegung schuld. Der jetzt in Erscheinung getretene Rückgang der Geburten in Deutschland gibt ihr daher Anlaß, wieder einmal gegen uns recht wüste scharf zu machen. »Man vermag sich kaum vorzustellen, wohin es führen sollte, wenn unsre Fortpflanzung durch Parteidoktrinen beeinträchtigt würde«, so ruft dieses Ausbeuterblatt wütend aus.

Wir wollen nicht vergessen, bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß es auch auf dem Gebiete ihrer »Bevölkerungspolitik« auf unsern Gegnern ohne die bekannten Widersprüche in der Logik, auf die wir in der vorigen Nummer der Graphischen Presse an dieser Stelle hingewiesen haben, nicht abgeht. Es sei nur an jene Frau von Vopellus erinnert, die unlängst eine Arbeiterfrau wegen ihres zu großen Kindersegens schalt. Dieser Proletarierin, die als Wöchnerin um eine Unterstützung nachsuchte, schrieb sie in einem Briefe: »Ich finde, daß sowohl der Mann wie auch die Frau sich mehr hüten können davor, daß sie so viel Kinder in die Welt setzen. Mit kaltem Wasser kann man die Triebe auch zurückhalten, eine kleine Waschbütte mit kaltem Wasser ist dagegen sehr gut für die Männer und vorher sich tüchtig müde schaffen.«

An dem großen Nutzen, den die überschüssige Arbeitermasse dem Ausbeutertum bringt, suchen natürlich die Unternehmer jedes einzelnen Berufes in einem möglichst weitgehenden Maße teilzunehmen. Das läßt sich daraus erkennen, daß in jedem Berufe die Unternehmer bestrebt sind, den auf ihren Beruf kommenden Teil der allgemeinen industriellen Reservearmee durch übermäßige Lehrlingszuchterei auf fremde Kosten zu vergrößern. Besonders stark ausgeprägt finden wir diese selbstsüchtige Politik bei den Unternehmern im Lithographenberufe.

Diese Herren trieben die Lehrlingszuchterei sogar schon so schamlos, daß sich unsre Zentral-Kommission der Lithographen veranlaßt sah, durch die Herausgabe einer Aufklärungsschrift über das Lehrlingswesen im Lithographiegewerbe gegen diesen Unfug aufzutreten. Diese Schrift hat denn auch zum Leidwesen dieser Profitjäger ihre Wirkung nicht versagt!

Daß unser Unternehmertum mit seiner künstlichen Vermehrung der Lithographenlehrlinge weiter nichts im Auge hat, als in selbstsüchtiger Weise seine Profite zu steigern, das wird im Blatte des Schutzverbandes auch mit zynischer Offenheit ausgesprochen. Ohne Umschweife wird dort bekundet, daß es den Unternehmern durch eine künstliche Vermehrung der Lehrlingszahl und der dadurch hervorgerufenen Vergrößerung des Angebots der Gehilfen am besten möglich sei, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Wörtlich schrieb dieses Blatt in seiner Nummer 10 vom Jahre 1908:

»Angebot und Nachfrage sind der wichtigste Gradmesser für die Gestaltung des Arbeitsmarktes. Wenn es gelingt, die für das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wichtigen Faktoren zu beeinflussen, hat ein äußerst wichtiges Mittel in der Hand, das auch für die Lohnfrage von hervorragender Bedeutung ist. . . Es liegt klar auf der Hand, daß die Arbeitgeber in gewerkschaftlichen Kämpfen um so weniger nachgeben müssen, je größer das Angebot namentlich von gelernten Kräften ist.«

Dieses Ausbeuterblatt, das sich nicht scheut, die egoistischen, antisozialen Bestrebungen seiner Hintermänner in der Lehrlingsfrage mit einer solchen zynischen Offenheit zu bekunden, nimmt sich heraus, unsrer Zentralkommission der Lithographen wegen der Herausgabe der Lehrlingsbroschüre eine Moralpredigt zu halten. Höher gehts mit der Heuchelei wirklich nimmer!

Nach diesem Blatte, daß den Antisozialismus verherrlicht und nicht genug über den »Sozialmoralismus« spotten kann, soll sich unsre Zentralkommission durch die Herausgabe der Aufklärungsschrift über das Lehrlingswesen im Lithographiegewerbe sogar

— man höre und staune! — antisozialer Bestrebungen schuldig gemacht haben. In einem Artikel über diese Aufklärungsschrift, den das Schutzverbandsblatt in die Deutsche Arbeitgeberzeitung lanziert hat, heißt es nämlich an einer Stelle:

»Würden die Eltern alle diese erlassenen Warnungen beherzigen, dann würde es schließlich dahin kommen, daß entweder einige ganz wenige Berufe überfüllt würden und damit das Angebot über und über groß würde, oder das Heer der ungelerten Arbeiter würde sich dermaßen vergrößern, daß die Gewerkschaften genötigt wären, nunmehr vor dem Eintritt in die ungelerten Berufe zu warnen und den Eltern zu empfehlen, ihre Söhne wieder in gelernten Berufen unterzubringen.«

Diese Moralpredigt des Schutzverbandsblattes ist zu köstlich. Aufgeklärte Arbeiter werden darüber lächeln. Wissen sie doch, daß diese Stellungnahme dieses Ausbeuterblattes nicht anders zu beurteilen ist wie das Verhalten jenes Fuchses, der den Hühnern gegenüber in hochtönenden Reden die Vorzüge der vegetarischen Nahrung pries.

Das Schutzverbandsblatt könnte uns auch sonst mit seiner Moralpredigt, auch wenn sie ehrlich gemeint wäre, nicht treffen. Jeder Sozialwissenschaftler weiß, daß das, was dieses Blatt in diesen hier angeführten Sätzen gegen die Tendenz unsrer Aufklärungsschrift vorbringt, total falsch ist. Wir können daher heute davon abgesehen, das Verkehrte dieser Vorführung nachweisen. Wir wollen aber nicht versäumen, dies später nachzuholen.

Wie überaus erfolgreich unsre Unternehmer in ihrer Taktik in der Lehrlingsfrage sind, wenn sich unsre Kollegenschaft nicht mit der nötigen Energie dagegen wehrt, das zeigt uns die Statistik. Im Jahre 1901 wurden von uns neben 4055 Lithographengehilfen 2028 Lithographenlehrlinge in Deutschland gezählt. Also auf je 2 Gehilfen kam ein Lehrling. Damals hatten es aber auch von den 4055 in Deutschland vorhandenen Lithographengehilfen nur 1726 für nötig befunden, sich zu organisieren. Das Unternehmertum stieß deshalb bei seinem schamlosen Vorgehen auf keinen nennenswerten Widerstand. Erst dann, als sich die Lithographengehilfen zu einer energischen Gegenwehr auftraffen und sich mehr und mehr organisierten, wurde den Unternehmern des Lithographenberufes in ihrem antisozialen, berufsschädigenden Treiben ein Hemmnis bereitet.

Im Jahre 1910, als unter 5704 Lithographengehilfen in Deutschland 4435 Organisierte gezählt wurden, konnte festgestellt werden, daß die Zahl der Lehrlinge absolut und relativ gesunken war. Es kam nur noch auf je 4 Gehilfen 1 Lehrling. Man sieht daraus, daß durch eine Verstärkung der Organisation den Unternehmern in der Lehrlingszucht wohl ein Halt geboten werden kann. Es ist daher Pflicht jedes Lithographen, dem etwas an der Besserung der Verhältnisse in unserm Berufe gelegen ist, die Organisation durch seinen Beitritt zu stärken und sich an ihrer Aufklärungsarbeit rege zu beteiligen.

Es soll keiner glauben, daß durch diese von unsrer Organisation herbeigeführte Verringerung der Lehrlingszucht nun normale Verhältnisse im Lehrlingswesen im Lithographenberufe eingetreten wären. Da unser Beruf seit einigen Jahren aus verschiedenen Gründen stetig zurückgeht, hat diese von unserm Verbands bewirkte Verringerung der Lehrlingszahl noch nicht die geringste Verbesserung unsrer Lage bringen können. Es gilt daher für unsern Verband, energisch fortzufahren in seiner Tätigkeit auf diesem Gebiete.

Der Widerstand, der unserm Verbands in dieser Tätigkeit entgegen gesetzt wird, wird aber immer größer und größer. Kein Lithograph darf es darum mehr verfehlen, unserm Verbands seine Kraft zu leihen!

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Hochkonjunktur und Arbeiterpflichten.

Die wirtschaftliche Konjunktur zieht immer stärker an. Mit wenigen Ausnahmen sind die Industriezweige stark beschäftigt. Aus den Berichten der Aktiengesellschaften und der Handelskammern ist zu entnehmen, daß überall reichliche Aufträge vorhanden sind, sodaß große Unternehmungen für ein Jahr und länger Beschäftigung haben. Von den großen Industrien ist höchstens die Textilbranche, die noch Anlaß zu Klagen hat. Auf der anderen Seite sehen wir, wie die industrielle Reservearmee von Monat zu Monat zusammenschumpft. Die

Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften sinken. Die Zentralarbeitsnachweise melden ein Zurückgehen des Arbeitslosenüberschusses. Die Krankenkassen verzeichnen ein schnelles Anschwellen ihrer Mitgliederziffern. Freilich stellen sich zeitweise Rückschläge ein, die entweder meteorologische oder sonstige wirtschaftliche Ursachen haben. Sie können jedoch nur vorübergehend das Wachsen der Beschäftigtenziffern beeinflussen. Zu allem kommt das klassischste Merkmal steigender Prosperität in der kapitalistischen Wirtschaft, die Verteuerung des Kredits. Kurz alle Anzeichen sind vorhanden, daß wir einer Periode höchster Konjunktur entgegengehen.

Natürlich ist davon auch unser, von so vielen schweren Schlägen heimgesuchtes Gewerbe, nicht ausgeschlossen. Mögen auch einige Firmen nicht an Überfluß von Bestellungen leiden, so ist doch flatter Geschäftsgang gegenwärtig typisch. Das beste Merkmal ist ja immer das Zurückgehen des Arbeitslosenkongingentes. Wir haben bei weitem nicht mehr den enormen Prozentsatz Arbeitsloser zu konstatieren, wie in den Jahren 1908 bis 1910. Beobachten wir damals Durchschnittssätze von 10 bis 15 Prozent, so haben wir gegenwärtig kaum 5 Prozent zu verzeichnen. Dabei müssen wir beachten, daß während unserer großen Bewegung eine große Anzahl Kollegen, die schon den Staub ihres erlernten Berufes von ihren Füßen geschüttelt hatten, wieder in unsere Reihen getreten sind. Also trotz dieses Zuganges starkes Abnehmen der Reservearmee. Dazu mag freilich beigetragen haben, daß während der letzten Bewegung viele Aufträge liegen geblieben sind. Jedoch wird diese Tatsache das Anziehen der Konjunktur nicht allein erklären. Das graphische Gewerbe, insbesondere der Steindruck, beginnt sich wieder von den wirtschaftspolitischen Schlägen zu erheben und an der allgemein steigenden Konjunktur teilzunehmen.

Leider sind nicht alle Sparten gleichmäßig an dem Rückgang der Arbeitslosenziffern beteiligt. Sehr schlecht stehen, trotz des relativ guten Geschäftsganges, die Lithographen. Sie haben immer stärker zu leiden unter den verschiedenen technischen Verbesserungen. Durch das rationelle Anwenden der photomechanischen Produktionsverfahren wird deren Arbeitsgebiet immer stärker eingengt. So stehen in vielen Städten eine viel größere Zahl, vor allem Chromolithographen, außerhalb der Betriebe, als Steindrucker, obwohl sie einen viel größeren Anteil an den Mitgliederziffern stellen. Dagegen haben sich die Lithodrucker wieder sehr gut erholt, obwohl auch sie vor Jahren recht stark mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Günstig stehen auch die Chemigraphen. Nehmen sie doch einen guten Teil ehemaliger Steindruckaufträge für sich in Anspruch.

Wir beobachten als typisches Merkmal steigender Konjunktur Wachstum der Beschäftigten, Abnahme der Arbeitslosen, der graphischen Reservearmee. Ein hohes Kontingent von Arbeitslosen wird stets auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen und der einzelnen Betriebe Einfluß nehmen. Der Arbeitslose ist immer geneigt, um nur wieder unterzukommen, von seinen Forderungen etwas zurückzugehen. Dies ist an sich unerfreulich, psychologisch freilich um so erklärlicher. Zumal wenn ein Fall von Arbeitslosigkeit einen recht langen Zeitraum umfaßt, wie dies gegenwärtig vielfach bei den Lithographen zu beobachten ist. Die Not ist leider in vielen Fällen so stark, daß derartige individuelle Verschlechterungen erklärt werden können. Dieses lohnrückende Moment wird auch nicht immer verhindert durch die höchste kulturelle Leistung der Gewerkschaften, der Arbeitslosenunterstützung. Viele arbeitslose Kollegen sind nur kurze Zeit oder garnicht unterstützungsberechtigt, befinden sich also in drückendster Not. Eine hohe Zahl von Arbeitslosen, eine starke industrielle Reservearmee drückt stets auf das Lohnniveau, ja auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Darum auch das energische Streben aller Unternehmer einen starken Überschuß in Arbeitern zu produzieren, indem sie ihre Lehrlingsziffer so hoch als nur irgend möglich schrauben.

Wirk schlechte Konjunktur, hoher Stand der industriellen Reservearmee drückend auf Löhne und Arbeitsbedingungen, so wirkt im Gegenteil wirtschaftliche Prosperität günstig auf die allgemeinen gewerblichen Verhältnisse und legt um deswillen dem Arbeiter besondere Pflichten auf. Da der Steindruck wieder zu prosperieren beginnt, übernehmen auch unsere Steindruckerkollegen gewisse Pflichten. Der Arbeiter verfügt bei wenig vorhandenen Arbeitslosen über eine bestimmte wirtschaftliche Macht. Der Unternehmer wird jetzt nicht ganz so rigoros verfahren, als wenn er weiß, daß ihm sogleich Dutzende von Druckern in das Haus gelaufen kommen. Freilich wollen wir das zu vermeiden suchen, jedoch nicht immer wird es uns gelingen. Trotzdem muß natürlich jede Gewerkschaft versuchen, einen möglichst großen Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen, auch zu Zeiten guter Konjunktur. Sollen doch zu diesen Zeiten die Arbeiter umso mehr bestrebt sein, ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Kollektiv und individuell mußte dann jeder Kollege bedacht sein, die Löhne und Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Da wir eine große, gemeinsame Bewegung erst vor kurzer Zeit beendet haben, kann momentan an ein solches Vorgehen nicht gedacht werden. Umso mehr muß aber jetzt jeder einzelne individuell dazu beitragen, das, was wir im allgemeinen noch nicht erreichen konnten, im Einzelkampfe zu erringen.

Zunächst muß natürlich jede geplante Verschlechterung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Früher, zu Zeiten schlechten Geschäftsganges erlittene Verschlechterungen müssen nach Möglichkeit ausgewetzt werden. Da die Arbeitsbedingungen im allgemeinen festgelegt sind, muß das Hauptgewicht auf die Lohnfrage gelegt werden. Hier ist individuell unendlicher Spielraum gelassen. Zweifellos ist auf diesem Wege und unter dem gegenwärtigen Geschäftsgange manche Möglichkeit gegeben, das zu erreichen, was die Unternehmer bei den Januarverhandlungen allgemein nicht zugestehen wollten. Ist doch die »schlechte Geschäftslage« die billigste und darum am meisten gebrauchte Ausrede, mit der Lohnzulagen abgelehnt werden. Jetzt ist die Konjunktur günstig. In den meisten Betrieben wird mit Hochdruck gearbeitet. Die stereotype Ausrede: »schlechter Geschäftsgang« fällt damit von selbst in sich zusammen, sie scheidet aus. Dabei wird jeder Unternehmer zugestehen müssen, daß die Lebensverhältnisse im allgemeinen, nicht zum wenigsten wegen der Politik auch unserer Unternehmer, bedeutend teurer geworden sind. Vor allem redtfertig die riesenhaft gesteigerte Intensität der Arbeit ohne weiteres Lohnzulagen. Jeder Unternehmer müßte also bei einigermaßen gutem Willen die Berechtigung von Lohnzulagen anerkennen. Bleibt aber der Unternehmer trotz aller dieser Erwägungen auf seinem profitgierigen Standpunkt beharren, dann hat ja auch der Arbeiter noch Mittel und Wege, um seine Arbeitsleistung in Einklang zu bringen mit seinem Lohn. Der Arbeiter wird dann durch den Unternehmer gezwungen, seine Leistung gleich zu setzen dem Werte, den er allwöchentlich in der Form seines Lohnes ausgezahlt erhält. Dies wird in den weitaus meisten Fällen gleichkommen einer Reduktion an der zu leistenden Arbeit. Vor allem muß den anarhistelnden Gelüsten einzelner Kollegen, die sich gern als »Vorspannpferde« benutzen lassen, indem sie ein immer größeres Pensum aus sich herausquetschen lassen, Einhalt getan werden. Ist die Solidarität die Grundlage der gesamten Arbeiterbewegung, so muß sie es auch sein innerhalb der einzelnen Betriebe, damit nicht durch individuelle Neigungen Einzelner die Intensität der Arbeit ins Unmensliche gesteigert wird. Vor allem aber dann, wenn der Unternehmer einem finanziellen Ausgleich absolut abgeneigt ist. Dabei wird er gerade jetzt betreibt sein, die Arbeitsleistung zu erhöhen, um den im Winter erlittenen Ausfall auszugleichen.

Ein vorzügliches Mittel, das Lohnniveau zu heben, ist auch unsere Auskunftsliste. Stellenwechselnde Kollegen müssen ihr jetzt umso mehr Beachtung schenken, damit die bisher gezahlten Löhne zum mindesten keine Senkung erleiden. Im Gegenteil kann durch gewissenhafte Anwendung der Auskunftsliste zweifellos manche Mark Lohnerhöhung herausgeholt werden. Dazu ist aber die gegenwärtige Zeit die zweifellos noch günstigste. Tue darum jeder Kollege sein Möglichstes. Der industrielle Zyklus, in dem wir uns gegenwärtig befinden, begann im Jahre 1909 und 1910. Es wird in Bälde wieder seinen Abschluß finden. In spätestens zwei Jahren werden wir uns wieder mitten in der Krise befinden.

H. S.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen, Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

Zur Ablehnung der Verstaatlichung der Münchener Lehr- und Versuchs-Anstalt für Photographie.

Zur Zeit spielen sich innerhalb der verschiedenen Strömungen in den fachphotographischen Kreisen Vorgänge ab, die, so verschiedenartig sie sind, letzten Endes beide den Beruf fördern wollen. Der Gehilfenschaft könnte die Verschiedenartigkeit des Vorgehens gleichgültig sein, würde nicht sie schließlich bei beiden Richtungen als leidtragender Dritter zusehen müssen, wie unter dem Kampf der beiden Richtungen ihre materiellen Interessen vollständig hinten gesetzt werden. Daß bei den beiden sich bekämpfenden Richtungen der gute Wille, dem Beruf zu dienen mit vorhanden ist, muß ohne weiteres angenommen werden. — Der Hauptkampf der gesamten fachphotographischen Ateliereinhaber gilt ja besonders den kaufmännisch betriebenen Messengeschäften, die einem großen Teil des großstädtischen Publikums noch immer verhältnismäßig bessere Produkte liefern, als wie viele Fachphotographen. Obschon also vor allem eine Verteuerung der Photographien für das allgemeine Publikum angestrebt wird, könnte man sich diese gefallen lassen, wenn die Erzeugnisse auch entsprechend bessere würden. Während nun besonders die dem Zentralverband nahestehenden Kreise in der Gründung von Zwangsinnungen glauben ein Mittel zu finden, der angeblichen Schleuderkonkurrenz beizukommen, sehen die Kreise des Deutschen und Süddeutschen Photographenvereins nur in der angeblichen Ausbildung des Nachwuchses und der Weiterbildung der vorhandenen Kräfte ein Mittel,

die Schmutzkonkurrenz zu unterbinden. Würden nicht beide Richtungen Auswüchse zu ungunsten der Gehilfenschaft zeigen, könnte man schließlich ein Zusammenkommen beider wünschen, denn bekanntlich führen verschiedene Wege nach Rom. — Über das Innungswesen im photographischen Beruf kann man ein Urteil noch nicht abgeben, da ja die meisten Innungen erst im Entstehen begriffen sind. Immerhin zeigt der ungesetzliche Anschluß, einzelner dieser Innungen an den Zentralverband, der sich doch als eine Kampforganisation gegen die Forderungen der Gehilfenschaft entpuppt hat, wohin der Weg zu gehen scheint. Die Verwendung von Innungsmitteln zur Bekämpfung der Gehilfen ist, wie ein bekannter Schriftsteller in verschiedenen photographischen Fachschriften schon nachwies, ungesetzlich. — Aber man muß zunächst greifbare Tatsachen auch hierin abwarten. — Anders aber steht es mit den zur Zeit bestehenden Fachschulen, die mit wenig Ausnahmen sich nicht so den Interessen der Gehilfenschaft anzupassen wissen, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Daß hierbei die Gehilfenschaft oft allein auch das gesamte fachliche Interesse vertreten muß, beweisen die an dieser Stelle erscheinenden Ausführungen über Fachschulreklame. — Nun kommt aber hinzu, daß die berufensten Vertreter der Arbeiterinteressen, bei der Beratung eines Antrages in der bayrischen Kammer, auf Verstaatlichung der Münchener photographischen Lehranstalt, für diese eingetreten sind; dieselbe ist nur durch die clericale Mehrheit des bayerischen Landtages abgelehnt worden. Diese Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter wird selbstredend von den schuinteressierten und freundlichen Kreisen ausgenutzt, man verschweigt aber, daß die Münchener Post ein sozialdemokratisches Organ ist; dieselbe Münchener Post, die die Polemik gegen die ungehörige Reklame der Lehranstalt führte, tritt trotzdem für Verstaatlichung der Schule ein. — So scheinbar nun hier ein Widerspruch vorliegt, er ist nicht vorhanden, denn die Sozialdemokratie muß allüberall für einen Übergang von der Meisterlehre zur Lehrwerkstätte eintreten, der aber unserer Meinung nach erst seine Entwicklungsstadien durchmachen muß. Daß unsere Münchener Kollegen die Stellungnahme der Sozialdemokraten im bayerischen Landtage nicht freudvoll begrüßen, läßt sich denken, nach dem vorhergegangenen Kampf; aber daß eine Bekämpfung der Schule aus den S. Z. angeführten Gründen bei dieser Gelegenheit am Platze war, möchten wir doch bezweifeln; im Gegenteil, wenn die Schule verstaatlicht sein würde, könnte in anderer Weise auf deren Tendenz eingewirkt werden. Auch hätte die Direktion es nicht mehr notwendig, in nicht immer fairer Weise die Werbetrommel zu rühren. Wir haben wahrlich keine Ursache, unter schlechter Meisterlehre Lehrlinge ausbeuten zu lassen, ebenso wenig aber auch unter allen Umständen Photostudenten zu züchten, die die Arbeitslöhne drücken. Hier muß es nun Aufgabe unserer Münchener Kollegen sein, die sozialdemokratische Fraktion im bayrischen Landtag dahin aufzuklären, daß diese zu gegebener Zeit den bisher sozialisten-tötenden Direktor befehlt, daß wir uns nicht durch die Schule und deren Schüler unsere ohnedies schwierige materielle Lage wollen verschlechtern lassen. Daß sich der Zentralverband durch Herrn Stadelmann an das Zentrum wandte, die Verstaatlichung der Schule abzulehnen sei nur nebenbei erwähnt. — Wir können und werden uns nicht gegen gute Fachschulen wenden, aber wir wollen durch diese unsere Lebenslage verbessern und nicht verschlechtern.

H.

Die Tapetenbranche.

Aus den Sektionen.

Coswig-Radebeul. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung vom 15. Juni konstatierte mit Genugtuung, daß der Zentralvorstand nunmehr zu der bevorstehenden Tarifrevision Stellung genommen habe. Wie die Verhältnisse bei uns liegen, möge folgende statistische Aufnahme zeigen:

Firma	Ge- hilf.	Lehr- linge	Ar- beiter	davon org.	Lohn Stück.	Pfg. [unbegr.]	tägl. Ar- beitsz. Stö.
Walther	5	4	2	5	57	41	52
FrieOrich	5	4	1	3	60	43	55
Kalbe	8	4	2	7	67	45	51
Mattheas	2	1	—	2	60	45	53
Crier	1	—	—	1	50	—	10
Sächs. Ta- petentf.	4	1	—	3	51	45	47
Tapetenf.	—	—	—	—	—	—	—
Coswig	18	2	3	7	56	35	48

Daraus läßt sich ohne weiteres ersehen, daß die Tapetenfabriken bei der relativ längsten Arbeitszeit die niedrigsten Lohnsätze aufweisen. Ein anderer in die Augen springender Punkt ist die große Anzahl der Lehrlinge, die vornehmlich in den Privatstehereien gezüchtet werden. Diese stehen in gar keinem Verhältnis zur Anzahl der beschäftigten Kollegen. Die Versammlung erachtete es als notwendig, daß bei den kommenden Verhandlungen der Lehrlingsfrage besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Aus der Mitte der Versammlung wurde sodann der Wunsch laut, einmal einen branchekundigen Kollegen vom Zentralvorstande zu hören, um ein Bild über die Gesamtlage der Stecher im Deutschen Reiche zu gewinnen. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Zahl der organisierten Kollegen von 22 auf 30 gestiegen ist.



Feuilleton.

Überzeugung.

Die Überzeugung ist des Mannes Ehre — Ein goldenes Vließ, das keine Fürstenhand Und kein Kapital um die Brust ihm hängt Die Überzeugung ist des Kriegers Fahne, Mit der er, fallend, nie unruhlich fällt. Der Amsie selbst, verloren in der Masse, Erwirbt durch Überzeugung sich den Adel, Ein Wappen, das er selbst zerbricht und schändet, Wenn er zum Lügner seiner Meinung wird.

Karl Gutzkow.

Von moderner Original-Graphik.

Die Große Berliner Kunstausstellung hat sich jahrelang keiner besonderen Beliebtheit erfreut, und wie wenig Interesse dafür beim großen Publikum vorhanden war, geht schon allein daraus hervor, daß man von einem Bierkonzert, dem eine Kunstausstellung zum Vorwand dient, sprach. Aber fortgesetzt ist man bemüht gewesen, das Interesse für die Ausstellung zu heben und man hat sogar einmal den Versuch gemacht, auch die moderne Photographie heranzuziehen. Für den Graphiker aber besitzt die Berliner Kunstausstellung in letzter Zeit besonderen Reiz durch das stärkere Hervortreten der Graphik, und zwar der Originalgraphik.

Das ist umso auffälliger, als durch die immer größere Nutzbarmachung der Photographie besonders die modernen auf ihr beruhenden Verfahren eine eminente Bedeutung erlangt haben, sodaß durch die eifrig ausgeübten Neuerungen in den photomechanischen Verfahren nicht nur neue Techniken entstanden, sondern auch den alten manuellen Verfahren gefährliche Konkurrenz erwuchs und ein Rückgang in der Erzeugung originaler graphischer Kunstwerke vielfach beklagt wurde. Aber gerade in den letzten Jahren macht sich wieder ein erhöhtes Interesse für die manuellen graphischen Verfahren geltend. Mit Erfolg wurde und wird das Vorurteil bekämpft, das die Originallithographie, der Holzschnitt oder die Radierung geringer einzuschätzen seien als etwa ein Ölbild, Aquarell oder Pastell. In dem einen Falle wird mit Pinsel auf Leinwand oder Papier oder mit farbigen Stiften gearbeitet, bei der Lithographie, dem Holzschnitt oder der Kupferradierung mit Feder, Kreide, Stichel und Nadel auf Stein, Zink, Holz oder Kupfer. Daß dann von der Platte eine beliebige große Anzahl von Drucken hergestellt werden kann, tut der Würde und Höhe des Werkes keinen Eintrag und verbilligt nur die einzelnen Blätter.

Mit der Zunahme dieser Erkenntnis gewinnt naturgemäß auch das Interesse an der Graphik, unter der man heute keineswegs nur die photomechanischen Verfahren versteht. Allerdings haben auch die industrielle Lithographie und der Holzschnitt von dem Aufleben der Originalgraphik nicht viel Vorteil. Das Verhältnis ist hier ungefähr das

gleiche wie zwischen der von künstlerisch gebildeten Amateuren ausgeübten Kunstphotographie und der Tagesarbeit des Berufsphotographen. Aber die in den einzelnen Arbeiten angewandte Technik ist in der Grundlage hier wie da die gleiche und deshalb sind auch die Radierungen, Holzschnitte und Lithographien für den Reproduktionstechniker von Interesse.

In seinen »Kunstrevolutionären Ein- und Ausfällen« hat Bernard Shaw, der berühmte englische Dramatiker und Sozialist, die Photographie als ein viel angenehmeres und vollkommeneres Verfahren bezeichnet als die Radierung, an der die Künstler nur deshalb festhalten, »um den Monopolwert der dazu erforderlichen Geschicklichkeit hochzuhalten«. Selbst wenn man Shaw darin recht geben würde, daß eine gute Photographie in der Geschlossenheit der Töne den »Kritzeleien der Radierungen, die keinen Sinn haben, vorzuziehen ist, so bliebe doch gerade die auch von ihm anerkannte Geschicklichkeit dasjenige Moment der Originalgraphik, das auch für den industriell schaffenden Reproduktionstechniker von Interesse und von Wert ist. Für die Beurteilung der modernen Originalgraphik aber bietet die diesjährige Große Berliner Kunstausstellung viel Beachtenswertes.

Auf einzelne hier ausgestellte Arbeiten einzugehen, halte ich allerdings für zwecklos, weil derartige Berichte mehr oder weniger immer nur auf ein Abschreiben des Kataloges hinauslaufen und für denjenigen, der die Bilder nicht vor sich hat, wertlos sind. Der Zweck dieser Zeilen ist es auch nur, im allgemeinen auf besonders beachtenswerte Erscheinungen hinzuweisen und eine solche ist auf dieser Kunstausstellung das starke Hervortreten der Graphik.

Die freie Vereinigung der Graphiker hat sich in einigen Räumen zu einer Sonderausstellung vereinigt, und was hier geboten wird an manuellen graphischen Techniken, verdient Beachtung. In unserer Zeit, in der die Photographie eine so weitgehende Bedeutung erlangt hat, ist besonders auffällig, daß die alte, längst tot geglaubte Porträtlithographie wieder ihre Austerstehung feiert. Vielleicht ist es nicht ausgeschlossen, daß auf diesem früher ganz der Lithographie überlassenen Gebiete die jetzige Herrschaft der Photographie wieder gebrochen wird. Ganz besonders um die Porträtlithographie verdient gemacht hat sich die bekannte Graphikerin Paczka-Wagner. Für sie und viele andere Künstler ist die Lithographie nicht mehr Zeichnung, sondern Malerei, die ihnen Gelegenheit gibt, flüchtige Stimmungen und Studien auf dem Stein oder der Aluminiumplatte zu fixieren oder zu vervielfältigen. Auch in der Radierung, die von den Künstlern noch vielmehr zum Ausdruck ihrer subjektiven Empfindungen benutzt wird als die Lithographie, weist die Ausstellung sehr lebendig und gut gezeichnete Porträts in verschiedenen Radierarten von Heinrich Wolf auf, dessen grandiose Technik noch nie so deutlich hervortrat wie in der hier vereinigten Sammlung. Auch die lithographierten und in Algraphie hergestellten Bildnisse verdienen Beachtung, nicht minder die

farbigen Holzschnitte und Radierungen von Jungnickel, Zeising, Schubert u. a. m. Diese handwerkliche Geschicklichkeit, die in der Originalgraphik insbesondere auch einiger englischer Künstler zum Ausdruck kommt, verdient seitens der Reproduktionstechniker eingehende Beachtung, ebenso die vorzügliche Sammlung moderner Plakate, deren Bedeutung ein besonderer Artikel gewidmet sein soll.

Fritz Hansen.

Vom Büchertisch.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911. Herausgegeben von dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine **Heinrich Kaufmann.** Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg 1. 654 Seiten 8°. Preis 3 Mark.

Der stattliche Band enthält den Jahresbericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Verbandsjahre 1911. Neben diesem vom regsten Vorwärtsschreiten zeugenden Bericht bringt er lesenswerte Abhandlungen über die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften und über die Steuergesetzgebung gegen die Konsumvereine. Durch ein umfangreiches Tabellenmaterial wird die Entwicklung der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung näher veranschaulicht. Das Werk wird den in der Genossenschaftsbewegung tätigen Kollegen eine unentbehrliche Hilfsquelle bei dieser Arbeit sein und dadurch befördernd für das weitere Blühen, Wachsen und Gedeihen der Genossenschaftsbewegung wirken.

Arbeiter-Sekretariat Nürnberg. 17. Jahresbericht nebst Berichten der Vereinigten Gewerkschaften, der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung und des Bildungsausschusses etc. 1911. Anhang: Invaliden-, Witwen- und Weisenversicherung. Selbstverlag des Arbeitersekretariats Nürnberg, Breitengasse 25/27. 68 Seiten 8°.

Im Jahre 1911 nahmen 17012 Besucher das Sekretariat in Anspruch, gegen 16055 im Jahre 1910. Unserm Verbands gehörten 180 Besucher an. Die Mitgliederzahl der Nürnberger Gewerkschaften stieg von 50092 am Beginn auf 56513 am Ende 1311. Davon waren 806 resp. 884 Mitglieder unseres Verbandes.

Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin (Melker-Wohnungen). Ein Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (Georg Schmidt). 20 Seiten 8°.

Die Broschüre zeigt, wie im Stall und auf dem Heuboden, in Kellerhöhlen und Korridorwinkeln die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren müssen, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die zwölf Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, das kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Chiffre - Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Stellenangebote

Positiv - Retuscheure
junge talentvolle Kräfte, erhalten dauernde Stellung. 150
Kunstanstalt Probst, Braunschweig.

Für St. Petersburg

gesucht ein junger, selbständiger Reproduktions-Photograph für Auto, Emulsion in dauernde Stellung. Herren mit praktischen Kenntnissen in Lumière- und Dreifarbenaufnahmen bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen zu senden an [330]
Graphische Kunstanstalt Union, St. Petersburg, Iwanowskaja 14.

Stellengesuche

Ein tüchtiger
AUTO-ATZER
wünscht seine Stelle zu verändern. Off. an **W. de Bois, 3. Oosterpadstr. Amsterdam.** [90]

Verschiedenes

Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fertigt an
Carl Neumann, vormalig G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Kl. Buchdruckerei - Einrichtungen -

(fachmännisch sortiert)
ALEXANDER GRUBE,
:: LEIPZIG, Talstraße ::

Graphische Werkstätten

der Handwerker- u. Kunstgewerbeschule
Breslau
Kunstgewerbl. u. techn. Ausbildung in Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Buchbinderlei, Photomechan. Reproduktionsverfahren
:: Auskunft durch den Direktor ::
Halbjährlich 30 Mark - Eintritt jederzeit

„Matt-Lad“ Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,-

„Harmalein“ Vorzüglicher weißer Trocknenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,-
Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. **F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60** [300]

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande

Wischwalzen Schläuche, ohne Naht
für Steindruckschnellpressen
Edmund Behnisch, Ludkenwalde (Deutschland).
Vertreter an allen größeren Plätzen. — la.,-Zeugnisse. —

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Umdruck - Fett

Marke Universal. Kilo 1,25 Mark Probe gratis. [75]
Frantz Stillicher, Radebeul-Dresd.

Feuchtbleibendes

„Cosmos“-Umdruckpapier, Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 M.
Grau feucht Umdruckpapier, dasselbe Format, per 100 Bogen 8,- M.
Goldlack, bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 M.
Chromopasta, bestes Tonschutzmittel, per kg 4 M.
Radikal, bestes Tonschutzmittel für Zink, per kg 3,50 M. [360]
H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe
liefert **Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.**

Wollen Sie Ihr Inserat
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

3000 Kunstblätter der Jugend

eleg. geb. nur 3,- Mk. (exkl. Porto bei Einsd. d. Betrages). Durch seine Vielseitigkeit bietet das Werk Anregung zu jeder Art zeichnerischer Tätigkeit im graphischen Gewerbe. Zu beziehen durch **W. Reuter, Exportbuchhandlung, Leipzig, Sternwartenstr. 44.**

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Achtung! Düsseldorf!
Vorsitzender und Auskunft erteilt jetzt **Julius Vogel, Düsseldorf-Derendorf, Beuthstr. 51.**

Am 7. Juli starb hier unser lieber treuer Kollege

Joh. Martin Ekstein
geb. am 22. Januar 1855 zu Schwabach i. B. Ich bitte alle Kollegen, welche über die Familienverhältnisse des Verstorbenen Auskunft geben können, dieses mir mitteilen zu wollen, da aus seinen Papieren nicht hervorgeht, ob und wo seine Familie lebt.
Wilh. Bär, Trier, Heiligkreuzerstr. 24.